

ZÜRCHER BEITRÄGE
zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung

Heft Nr.5

Beat Näf / Kurt R. Spillmann

*Die ETH-Arbeitstagung
zur schweizerischen Sicherheitspolitik
vom 7. Dezember 1987*

Bericht und Auswertung

© 1988 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH-Zentrum
8092 Zürich

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.
Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

Beat Näf / Kurt R. Spillmann

**Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom
7. Dezember 1987**

Bericht und Auswertung

Inhaltsverzeichnis:

1.	Einleitung	S. 1
2.	Teilnehmer	S. 4
3.	Protokoll	S. 6
3.1.	Referat von Divisionär Dr. Gustav Däniker	S. 6
3.2.	Referat von Prof. Dr. Jacques Freymond	S. 21
3.3.	Referat von Ständerat Otto Piller	S. 27
3.4.	Referat von Prof. Dr. Albert A. Stahel	S. 32
3.5.	Diskussion	S. 43
4.	Auswertung	S. 54
4.1.	Einleitung	S. 54
4.2.	Häufigkeit der sicherheitspolitischen Berichte	S. 55
4.3.	Verständlichkeit und Popularität der sicherheitspolitischen Konzeption	S. 56
4.4.	Konsensfähigkeit, Umfang und Begriff der Sicherheitspolitik	S. 58
4.5.	Gegner der offiziellen Sicherheitspolitik	S. 60
4.6.	Das Problem der Begrifflichkeiten	S. 61
4.7.	Konzeptionelle Struktur der Sicherheitspolitik	S. 61
4.8.	Die Bedrohung	S. 62
4.9.	Bemerkungen zu den strategischen Hauptaufgaben	S. 63
4.10.	Ausbau der strategischen Mittel	S. 64
4.11.	Die strategische Führung	S. 66
4.12.	Schluss	S. 67
5.	Anmerkungen	S. 70

1. Einleitung

Die zweite ETH-Tagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik konnte an das grosse Interesse anknüpfen, das am 29. Juni 1987 der ersten dieser Veranstaltungen von allen Seiten entgegengebracht worden war. Im Interesse einer engen Zusammenarbeit aller Beteiligten und damit einer effizienteren Arbeitsweise war vor dieser zweiten Tagung durch die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und das Schweizerische Institut für Auslandsforschung vereinbart worden, künftige sicherheitspolitische Arbeitstagungen gemeinsam zu veranstalten.

Diese neuen, gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen knüpfen an die "Sicherheitspolitischen Gespräche" an, die das Schweizerische Institut für Auslandsforschung unter der Leitung von Prof. Dr. Daniel Frei seit 15 Jahren durchführt. Als Modus der Arbeitsteilung wurde vereinbart, dass das Schweizerische Institut für Auslandsforschung inskünftig alle sicherheitspolitischen Veranstaltungen mit ausländischen Referenten betreuen wird, wogegen die Veranstaltungen mit schweizerischen Referenten durch die Forschungsstelle der ETH organisiert werden.

Das Ziel bleibt weiterhin, Grundlagen zu leisten im Dienste der schweizerischen Sicherheitspolitik, d.h. letztlich im Dienste der langfristigen Ueberlebenssicherung der Schweiz in einer Zeit, die in rasantem Tempo den Druck neuer Problemkonfigurationen und -überlagerungen auf sich zueilen sieht. Die Diskussion um die Frage, welche Erscheinungen und Probleme ins sicherheitspolitische Denken und allenfalls in das sicherheitspolitische Konzept einbezogen werden müssen, ist alles andere als beendet. Nicht nur militärische (besonders seit dem INF-Abkommen vom Dezember 1987), auch politische, wirtschaftliche, demographische und ökologische Verlagerungen von grosser Bedeutung sind im Anrollen, die alle bei der sorgfältigen Analyse der bevorstehenden Bedrohungen der Schweiz in die Erwägungen miteingeschlossen werden müssen.

Die Schweiz kann mit Stolz auf die Tatsache zurückblicken, dass sie als erstes Land eine umfassende und ausformulierte sicherheitspolitische Konzeption besass und dass diese Zwei-Komponenten-Konzeption sich bis heute sehr gut bewährt hat. Im

Auftrag des Vorstehers des Eidgenössischen Militärdepartementes an den Direktor ZGV vom Mai 1987, einen neuen Zwischenbericht zur Sicherheitspolitik zu erarbeiten und Vorarbeiten für eine neue sicherheitspolitische Konzeption einzuleiten, liegt indessen auch die Einsicht, dass die Welt sich weiter wandelt und dass auch die Schweiz nicht nur im Rückblick auf Geleistetes bestehen kann, insbesondere unter den sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen der kommenden Jahrzehnte. Die sicherheitspolitische Arbeit muss weitergehen, insbesondere was die Analyse der Entwicklungen des Umfeldes und die entsprechenden konzeptionellen Massnahmen betrifft. Die neue Berufsgattung der "security policy analysts" hat im Ausland bereits einen hohen Stand an Professionalität erreicht. Die Schweiz ist gut beraten, wenn sie sich dieses professionelle Wissen und die entsprechenden Analysemethoden auch aneignet und einsetzt.

An der Arbeitstagung vom Juni 1987 wurde - ausgehend vom Buch "La Paix Dangereuse" von Jacques Freymond - die Frage diskutiert, ob und allenfalls in welcher Weise der Begriff der Sicherheitspolitik erweitert werden sollte. Das von Prof. Freymond skizzierte Bedrohungsbild wurde allgemein als richtig akzeptiert, hingegen herrschte keine Uebereinstimmung darüber, ob z.B. ökologische Bedrohungen von der Sicherheitspolitik in Betracht gezogen werden sollten oder nicht. Insbesondere fand auch der Vorschlag zur Schaffung eines "Nationalen Sicherheitsrates" nur wenig Unterstützung. Während einerseits die Meinung vertreten wurde, dass die Berücksichtigung ökologischer Bedrohungen den nationalen Konsens nicht zerstöre, sondern möglicherweise stärken werde, kam andererseits die Auffassung zum Ausdruck, dass der bereits vorgesehene "Katastrophenfall" auch ökologische Bedrohungssituationen angemessen abdecke. Vor der Erweiterung des Begriffes der Sicherheitspolitik wurde ebenso gewarnt wie vor der Schaffung eines entweder allmächtigen oder rein dekorativen Nationalen Sicherheitsrates, insbesondere unter dem Aspekt der "Militarisierung" weiterer Lebensbereiche.

Nun wird aber die Sicherheitspolitik nicht darum herumkommen, alle vitalen Bedrohungen der Schweiz rechtzeitig unter Einsatz professioneller Mittel zu erkennen und zu analysieren, damit sie optimale Präventiv- und Abwehrstrategien und entsprechende In-

strumente bereitstellen kann, um so die nationale Existenz in "Frieden und Freiheit" möglichst ohne entscheidende Verluste an Lebensqualität zu gewährleisten. Es wird also in der weiteren sicherheitspolitischen Diskussion sowohl um die Vereinbarkeit unserer unverzichtbaren nationalen Interessen und Ziele mit den sich verändernden Randbedingungen der Umwelt gehen, wie auch um die Angemessenheit unserer strategischen Mittel und um Fragen der Führung in ausserordentlichen Lagen.

Die Arbeitstagung vom 7. Dezember 1987 wollte aus dieser Palette zwei Probleme herausgreifen: erstens die Frage, ob der Katalog der strategischen Mittel erweitert werden müsse, und zweitens das Problem der Führung in der Sicherheitspolitik. Diese Probleme sollten diskutiert werden anhand des neuen Buches "Dissuasion - Schweizerische Abhaltestrategie heute und morgen" (Frauenfeld 1987) von Divisionär Dr. Gustav Däniker. Indessen gelang die Fokussierung auf diese beiden Diskussionspunkte nicht, da einerseits bereits die einleitenden Referate breiter ausgriffen, andererseits der Kreis der Tagungsteilnehmer etwas zu gross war für ein fokussiertes Gespräch.

Erneut zeigte sich, dass das Interesse an einer gesamtheitlichen Schau der sicherheitspolitischen Fragen gross ist. In diesem Sinne wird die Diskussion im begonnenen Rahmen weitergeführt werden, wenn auch in etwas kleinerem Kreis und mehr in Gestalt themenzentrierter Seminarien.

Allen aktiv Mitwirkenden, vor allem den Referenten Divisionär Dr. Gustav Däniker, Prof. Dr. Jacques Freymond, Ständerat Otto Piller und Prof. Dr. Albert A. Stahel, aber auch allen anderen Gesprächsteilnehmern und insbesondere den Mitarbeitern von der Forschungsstelle, der ETH und der Universität Zürich sei nochmals der herzlichste Dank für die (z.T. recht) umfangreiche Vorarbeit ausgesprochen. Der Arbeitsgruppe Gute Dienste und Internationale Friedenssicherung (AGDIF) und ihrem Vertreter Dr. Theodor Winkler sei für die finanzielle Rückendeckung ebenfalls herzlich gedankt.

Zürich, den 6. März 1988

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

2. Teilnehmer

Prof. Dr. Franz M. Aebi, Hilterfingen
Peter Arbenz, Delegierter für das Flüchtlingswesen, Bern
Divisionär Hans Bachofner, Kommandant Generalstabskurse, Bern
Divisionär Urs Bender, Stab GGST, USC Logistik, Bern
Prof. Dr. Jean-François Bergier, Zug
Dr.phys. Herbert Braun, Sektionschef ZGV, Bern
Dr. iur. Laurent Carrel, Stab GGST, Chef Prospektivplanung, Bern
Dr. Christian Catrina, EDA, Bern
Korpskdt Jean-Rodolphe Christen, Kdt FAK 1, Lausanne
Divisionär Dr. Gustav Däniker, Stabschef Operative Schulung, Bern
Hansheiri Dahinden, Direktor ZGV, Bern
Dr.iur. Jens Drolshammer, Rechtsanwalt, Zürich
Korpskdt Walter Dürig, Kdt FF Trp, Bern
Fürsprecher Hans-Ulrich Ernst, Direktor DMV, Bern
Korpskdt Josef Feldmann, Kdt FAK 4, Zürich
Prof. Dr. Daniel Frei, Universität Zürich, Zürich
Prof. Dr. Jacques Freymond, Genthod
Prof. Dr. Bruno Fritsch, Institut für Wirtschaftsforschung, Zürich
Dr.iur. Johannes Fulda, Generalsekr. des Schweiz. Schulrates, Zürich
Prof. Dr. Heini Gränicher, Dir. Inst. f. Reaktorforsch., Würenlingen
Dr. Marie-Therese Guggisberg, Pressesprecherin des GSC, Bern
a.Bundesrat Fritz Honegger, Rüslikon
Prof. Dr. Mathias Krafft, Direktor für Völkerrecht, EDA, Bern
Dr. Heinz Krummenacher, ZGV, Bern
Brigadier Simon Küchler, Kdt R Br 24, Schwyz
François Landgraf, Generalsekretär EFD, Bern
Dr. Elmar Ledergerber, INFRAS, Zürich
Ulrich Lehner, EDA, Bern
Prof. Dr. Martin Lendi, Prof. für Rechtswissenschaft ETH, Zürich
Botschafter Philippe Lévy, Bundesamt für Aussenwirtschaft, Bern
Dr. Bruno Lezzi, Redaktor NZZ, Kilchberg
Oberst Franz Lötscher, Kdt Militärschule II, ETH, Zürich
Korpskdt Eugen Lüthy, Generalstabschef, Bern
Dr. Ivano Marques, Fachstellen und Forschung der GRD, Thun
Eduard Marthaler, Generalsekretär EDI, Bern
PD Dr. Ruth Meyer, Universität Bern
Korpskdt Roberto Mocchetti, Kdt Geb AK 3, Zug

a. Ständerat Franz Muheim, Altdorf
Fürsprecher Hans Mumenthaler, Dir. Bundesamt f. Zivilschutz, Bern
Dr. Beat Näf, Birmenstorf
Divisionär Peter Näf, Kdt Felddivision 6, Zürich
Jean-Marc Pasche, Bundesamt für wirtschaftl. Landesversorgung, Bern
Thomas Peter, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, Zürich
Ständerat Otto Piller, Alterswil
Brigadier Urs Ramser, Direktor der Militärschulen ETH, Zürich
Botschafter Paul André Ramseyer, EDA, Bern
Divisionär Hans Rapold, Astano
Nationalrat Richard Reich, Forch
Brigadier Paul Rickert, SC FAK 4, Zürich
Melanie Rietmann, Journalistin, St. Gallen
Prof. Dr. Edwin Rühli, Prorektor Universität Zürich, Zürich
Dr. Josef Schärli, GGST UG Front, Bern
Catherine Schiemann, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, Zürich
Viktor Schlumpf, Chefredaktor Tagesanzeiger, Zürich
Dipl. Ing. Rudolf Schmid, Schweiz. Zentr. für Handelsförd., Seuzach
Ernst Schneider, Generaldirektor Schweiz. Kreditanstalt, Zürich
Thomas Schneider, Ernst Basler & Partner AG, Zollikon
Prof. Dr. Urs Schwarz, Zürich
Divisionär Rolf Sigerist, Stab GGST, USC Front, Bern
Nationalrat Dr. Peter Spälti, Hettlingen
Dr. Walter Spahni, Der Bund, Bern
Prof. Dr. Kurt Spillmann, Forschungsst. f. Sicherheitspolitik, Zürich
Prof. Dr. Albert A. Stahel, Militärwiss. Abt. ETH, Zürich
Divisionär zD Alfred Stutz, Baden
Minister Dr. Herbert von Arx, Dienst f. polit. Sonderfragen, EDA, Bern
Prof. Josef Weiss, St. Gallen
Korpskdt zD Dr. Jörg Zumstein, Münsingen

7.12.1987

3.1. Referat Divisionär Dr. Gustav Däniker: Zwölf Thesen zur Weiterentwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik

Einleitung

Es freut mich, dass Sie gewillt sind, die Weiterentwicklung unserer Sicherheitspolitik zu verfolgen und ausgehend von meinem Buch "Dissuasion" zu diskutieren. Nehmen Sie es mir aber bitte nicht übel, wenn ich die undankbare und für mich kaum lösbare Aufgabe, die Summe einer ausführlichen und differenzierten Betrachtung in wenigen Minuten zusammenzufassen, mit einer Vereinfachung zu umgehen suche. Ich möchte Ihnen zwölf Thesen vortragen, die zwar durchaus dem Buchinhalt entsprechen, soweit als möglich aber gestrafft wurden und provokativ gefasst sind. Zum besseren Verständnis habe ich sie in vier Unterkapitel gegliedert.

Umfeld

1. Unsere strategische Lage wird sich ändern

Seit den fünfziger Jahren haben wir uns an das zweigeteilte Europa gewöhnt. Die USA als Schutzmacht des Westens richteten die kriegsversehrten Länder wirtschaftlich wieder auf und schlossen mit ihnen ein Verteidigungsbündnis, das sich insbesondere infolge seiner nuklearen Komponente als wirksam erwies. Auf der Grundlage gleicher Wertvorstellungen entwickelte sich ein Wirtschaftssystem, das eine nie dagewesene Wohlstandssteigerung mit sich brachte. Der ständig angriffsbereite und totalitäre Osten zwang zur atlantischen Zusammenarbeit. Er sollte einerseits militärisch abgeschreckt und andererseits durch politische Einflussnahme zum Wohlverhalten angeregt werden. Die Sicherheit Europas wurde damit aber mehr und mehr zu einer selbstverständlichen Voraussetzung für die Konzentration auf friedliche Entwicklungen. Nicht einmal die Turbulenzen in der Dritten Welt, von der Entkolonialisierung bis zum Grosskrieg zweier Staaten am Persischen Golf, erschütterten die europäischen Gemüter nachhaltig. Lediglich in Phasen akzen-

tuerter Konfrontation der Supermächte und bei Flurbereinigungen oder Ordnungseinsätzen innerhalb des sozialistischen Lagers machte sich vorübergehend Angst vor einer Invasion breit. Als auch noch der einst gefürchtete Eurokommunismus seine Stosskraft verlor, war man vollends geneigt, die Bedrohung als gering anzusehen.

In den 80er Jahren änderte sich die Lage. Die USA erstarkten nach Vietnam und Watergate und boten einer SU, welche die Entspannung missbraucht hatte, von neuem die Stirn; die NATO bestand die Bewährungsprobe der Nachrüstung; die Vision einer strategischen Verteidigungsinitiative liess die Abkehr von der geltenden Vergeltungsstrategie mindestens als Möglichkeit erscheinen. In der Sowjetunion löste eine weitsichtige energische Führungskraft die im Immobilismus erstarrten Führungsgenerationen ab.

Zahlreiche weitere Anzeichen könnten aufgezählt werden, die alle darauf hinweisen, dass das bisherige, eher statische strategische Gleichgewicht in einen dynamischen Prozess übergehen könnte. Hiezu noch einige Stichworte: Echte Bewegung im Abrüstungsbereich. Wirtschaftliche, aber auch politische Einigungsbestrebungen in Europa. Tendenzen zur Aufsplitterung der Militärblöcke. Der Einbezug des Weltraumes in das Kräftespiel. Islam und China als Einflussfaktoren der Weltpolitik. Bevölkerungsdruck in der Dritten Welt, Geburtenrückgang in Europa. Und schliesslich: Zunehmende Unregierbarkeit von immer mehr Nationen.

2. Neue Elemente schaffen ein neues Bedrohungsbild

Die existentiellen Bedrohungen, das heisst, solche die unsere sicherheitspolitischen Ziele Unabhängigkeit, Bevölkerung, Territorium beeinträchtigen, nehmen - für viele kaum merklich - zu. Die Frage ist zu klären, ob wir weiterhin das Schwergewicht auf die militärischen Bedrohungen und ihre indirekten Auswirkungen legen wollen, oder ob andere (wirtschaftliche, ökologische, überfremdungspolitische usw.) Bedrohungsarten in unsere Strategie einzubeziehen sind. Die Fälle Tschernobyl und Schweizerhalle, obwohl durch unser Instrumentarium für den strategischen Katastrophenfall voll abgedeckt, passen nicht völlig in die herkömmliche Bedrohungsdefinition. Sollte sie deswegen ausgedehnt

werden, und wollen wir in Kauf nehmen, dass der bisherige sicherheitspolitische Konsens an den zahlreichen innenpolitischen Differenzen, die mit Garantie auftauchen werden, wenn man sich über das momentane Bedrohungsempfinden zu unterhalten beginnt, zerbricht? Politische Klugheit, wie die Notwendigkeit eines festen sicherheitspolitischen Rahmens, scheinen Zurückhaltung aufzuerlegen.

Hingegen brauchen wir bestimmt mehr Phantasie in der Antizipation von militärischen Bedrohungen, um ihnen entgegenzutreten bzw. abhaltend zu wirken. Ein Stoss durch das Mittelland ist weiterhin möglich, aber durchaus nicht die einzige Gefahr, ebensowenig wie ein strategischer Ueberfall oder eine Erpressungsdrohung. Es gibt zahlreiche weitere Operationslinien zu Lande und in der Luft, die wir unterbinden müssen. Es gibt Kombinationen von Angriffsmethoden direkter und indirekter Art, bis hin zur technischen Blockierung unserer Massnahmen in allen Gesamtverteidigungsbereichen. Es wird schwer zu deutende Mischformen des Krieges, und es wird exotische Kampfmittel geben, die in Erscheinungsform und Wirkungsweise noch kaum abzusehen sind. Wir werden uns auch von unserer sozusagen standardisierten Abfolge von Bedrohungsmustern lösen müssen. Ohne fein gefächerte Analyse all dieser Gefahren und die ständige Konfrontation mit Doktrinen, Kampfverfahren und Kampfmitteln nicht nur der strategischen Hauptakteure, sondern aller weiterer potentiellen Angreifer leiden Abwehrkraft und dissuasive Glaubwürdigkeit.

3. Der neutrale Kleinstaat steht vor einer Bewährungsprobe

Die Schweiz sieht sich - entsprechend den anzunehmenden veränderten und gesteigerten Bedrohungen - markanten Herausforderungen gegenübergestellt. Sie sind aber keineswegs nur militärisch-handwerklicher, sondern in erster Linie politisch-psychologischer Natur. Eine Polarisierung zeichnet sich ab. Haben wir letztlich zu wählen zwischen einer "Albanisierung" oder mindestens Marginalisierung der Eidgenossenschaft und dem "bedingungslosen Weg aus der Festung", wie er zur Zeit angepriesen wird? Oder gibt es als dritte Lösung die uns für unser Verhältnis zur EG vorgeschlagene Haltung: Sich eintrittsfähig zu machen, um nicht ein-

treten zu müssen? Gäbe es den Ausweg einer Neudefinition allen falls Rückstufung der Neutralität auf die blosse "Nichtkriegführung" mit dem Ziel grösserer politischer Handlungsfreiheit im Frieden?

Auch geostrategische Veränderungen in Europa wollen antizipiert sein. Welche Konsequenzen hätte für uns das Ende der Blöcke? Welche Konsequenzen bereits ein weitergreifender Abrüstungsprozess, der uns einem Mitwirkungsdruck aussetzt mit Forderungen, die unserem Wehrsystem widersprechen?

Alles in allem: Unsere traditionelle "Fünfer- und Weggli-Politik" könnte in absehbarer Zukunft unter massiven Druck geraten. Um ihn auszuhalten, beziehungsweise Anpassungen vorzunehmen, braucht es Zeit. Eine zukunftsorientierte und flexible Sicherheitspolitik sollte dafür sorgen, dass wir sie strategisch ungefährdet überstehen.

Konstanten

4. Der "Friede in Unabhängigkeit" bleibt das sicherheitspolitische Hauptziel

Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Ziele unserer Sicherheitspolitik. Es geht um die Erhaltung der existenziellen Grundlagen der Nation. Dazu gehören auch ethische Werte. Selbst im Atomzeitalter gibt es wichtigere Dinge als den Frieden. Die Selbstverwirklichung einer Nation durch Selbstbestimmung gehört dazu. Sie werden erst durch eine umfassende Selbstbehauptungsfähigkeit gewährleistet.

Diese Art der Betrachtung wird durch Hinweise auf zunehmende internationale Interdependenzen und steigende Abhängigkeit des Kleinstaates in allen möglichen Bereichen relativiert und manchmal sogar lächerlich gemacht. Aber es ist ein Unterschied, ob man fremdem Diktat unterworfen ist oder ob man über die Fächerung von Abhängigkeiten und die einzugehenden Verpflichtungen unter Abwägung der Konsequenzen frei entscheiden kann. Dazu muss freilich die Bewahrung der Handlungsfreiheit unserer Behörden als sicher-

heitspolitisches Unterziel Nummer eins auf den strategischen Normalfall ausgeweitet werden.

Andererseits müssen wir dafür sorgen, dass unser Begriff der Sicherheitspolitik nicht von demjenigen einer "Friedenspolitik eigener Prägung" abgekoppelt wird. Erstere ist vielmehr die beste Friedenspolitik. Trotz Rückschlägen unserer Aussenpolitik etwa in Moskau sichert uns die offensive, ausgreifende und langfristige Komponente der allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbeherrschung eine unseren Möglichkeiten angepasste Mitwirkung auch in diesem Bereich. Blosser Friedensdeklarationen und nebulöser Vorstellungen von Vorbildwirkung des Kleinstaates unter Verzicht auf Vorsicht und eigene Stärke sind allerdings keine Alternativen; "Risikopolitik" ist kein Ersatz für "Sicherheitspolitik".

5. Eindimensionales "Worst-Case-Denken" ist gefährlicher denn je

Die geistige Ausrichtung auf den "schlimmsten Fall", wie sie in unserer Gesamtverteidigung immer wieder anklingt, hat eine negative psychologische Nebenwirkung: Unsere Anstrengungen werden mit dem Hinweis auf übermächtige Gefahren, in erster Linie den allgemeinen strategischen Atomkrieg oder die erdrückende materielle Ueberlegenheit jedes Aggressors, in Zweifel gezogen. Dabei hat schon die "Sicherheitspolitik 73" zwei klare Grenzen unserer Selbstbehauptungsfähigkeit ausgemacht: Einerseits die (atomare) Massenvernichtung und andererseits die Auflösung des nationalen Zusammenhalts und der Zusammenbruch des Wehrwillens.

Im ersteren Fall behält sich die Regierung vor, die Ziele neu zu gewichten und das Ueber- und Weiterleben in den Mittelpunkt aller Massnahmen zu stellen. Gegen die zweite Gefahr will man mit Information und Belehrungen ankämpfen, aber man weiss, dass die "cohésion nationale" in erster Linie Aufgabe der Politik im weitesten Sinne, der staatsbürgerlichen Erziehung und der Familie ist. Wehrwille kann man nun einmal nicht verordnen.

Das Eingeständnis dieser beiden Grenzbereiche ist indessen keine Schwäche, sondern eine Stärke. Wir können umso glaubwürdiger behaupten, dass wir für die ganze Palette der nach wie vor

bestehenden und sich zum Teil verschärfenden übrigen Gefahren, die zudem besonders wahrscheinlich sind, über effektive Schutzmassnahmen verfügen.

Relativierung im "worst-case"-Denken braucht es auch im engeren militärischen Bereich. Es leuchtet ein, dass der grossangelegte, kraftvoll geführte Stoss durch das Mittelland die Hauptgefahr darstellt. Aber dennoch ist das für diesen Fall entwickelte Gegenmittel, die Kampfdoktrin der "Abwehr", weder zur Konterung von strategischem Terror und Sabotage, noch zur Bereinigung von Tangentialstössen oder etwa Pfandnahmen das beste Rezept. Einmal mehr drängt sich ein Vergleich aus dem Gesundheitswesen auf: Die Möglichkeit der Herztransplantation hebt die Krebsgefahr nicht auf, und die Tatsache, dass es für manche Krankheiten keine Therapien gibt, führt nicht zum Verzicht auf die gesamte Medizin! Eindimensionalität ist nicht zuletzt im Wehrwesen fehl am Platz. Die zunehmende Ungewissheit ruft im Gegenteil nach einer möglichst weitgehenden strategisch-operativen Flexibilität.

6. Die nötige Dynamik lässt sich weiterhin sicherstellen

Die einzige Fundamentalkritik an der bisherigen Sicherheitspolitik, abgesehen natürlich vom sogenannten friedens- oder risikopolitischen Ansatz, die uns zu Ohren kam, bemängelt deren sogenannte "mythische Verankerung" und ihr angeblicher Mangel an Dynamik. Beide Vorwürfe (die wir heute hoffentlich noch erläutern erhalten), sind ernst zu nehmen, zielen aber am Wesen und dem Anspruch der geltenden Sicherheitspolitik vorbei.

Mag sein, dass ihre Verankerung in schweizerischer Tradition und Verfassung manchem Vertreter der jüngeren Generation als anachronistisch erscheint. Aber es kann nicht zuletzt mit Beispielen aus der jüngeren und jüngsten Geschichte belegt werden, dass keine Sicherheitspolitik Bestand hat, wenn sie sich nicht auf Wertvorstellungen wie Freiheit oder nationale Ehre und Würde abstützt. Blosser Ueberlebensstrategien, die sich opportunistisch oder illusorisch auf Augenblicksbedrohungen ausrichten, erzeugen letztlich nichts als den Trend zu präventiver Unterwerfung oder zur Ueberbewertung von Risiken für die eigene biologische Existenz.

Was die Reaktionsfähigkeit im Sinne flexibler strategischer Führung anbetrifft, so sind die Sicherheitspolitik im allgemeinen und die Gesamtverteidigung im besonderen nichts anderes als Instrumente einer dynamischen Selbstbehauptung. Sie zielen weder auf die Aufrechterhaltung des politischen Status quo noch auf eine Militarisierung des Lebens ab, sondern bilden im Gegenteil die Voraussetzung selbsttätiger innerstaatlicher Entwicklung und fruchtbarer internationaler Zusammenarbeit.

Als Beweise hiefür wären etwa anzuführen:

- Das anfänglich gezeichnete Bedrohungsspektrum: Obwohl es alle heute bekannten Elemente entweder einbezieht oder bewusst ausklammert, ist es durchaus aktualisierbar.
- Der innere Zustand der Schweiz wird keineswegs zu zementieren gesucht, sondern dem freien Spiel aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte überlassen.
- Die Zweikomponentenstrategie, die ja keineswegs nur bewahrend-defensiv, sondern auch präventiv friedenssichernde Massnahmen kennt, lässt Verlagerungen des sicherheitspolitischen Schwergewichts durchaus und jederzeit zu. Eine gewisse Bewegung ist denn auch bereits eingetreten.

Demgegenüber ist es aber ebenfalls gelungen, den allgemeinen Rahmen der schweizerischen Sicherheitspolitik klar abzustecken und trotz der zwangsläufigen Vielschichtigkeit der staatlichen Selbstbehauptung verbindliche Richtpunkte für das Planen und Handeln der einzelnen Instanzen zu setzen und einzubürgern.

Hiezu darf an die Definition der sicherheitspolitischen Ziele und der strategischen Hauptaufgaben, an die Formulierung der strategischen Aufträge für alle Bereiche und nicht zuletzt an die strategischen Fälle erinnert werden.

Selbst letztere, deren Zweck und Aufgabe bei einigen Instanzen beharrlich missverstanden werden, sind ein sehr brauchbares Instrument der strategischen Führung und der Anwendungssicherheit im Mitteleinsatz. Jeder, der zur Kenntnis nimmt, dass diese Fälle den strategischen Zustand der Eidgenossenschaft und nicht denjenigen eines einzelnen Bereiches umschreiben, und der sich bemüht,

herauszufinden, welche Bandbreite von Aufgaben sein Bereich innerhalb des aktuellen strategischen Falles zu lösen hat, erkennt ihre Vorteile für Planung, Ausbildung und Führung. Darüber hinaus trägt er zur Führungsfähigkeit des Gesamtsystems bei.

Bei einer Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Konzeption wird sorgfältig darauf zu achten sein, dass weder die nötige Dynamik noch der für den Kleinstaat mit seinem Milizsystem unabdingliche feste Gesamtrahmen leiden. Die Lösung dieses Zielkonflikts im Sinne einer Optimierung scheint indessen weiterhin möglich.

Ausbauschwerpunkte

7. Fortschritte in der strategischen Führung sind unabdinglich

Eine Haupterkenntnis der jeweiligen Gesamtverteidigungsübungen beschränkt die Bedeutung eines "permanenten strategischen Bewusstseins" der Parlamente und Exekutiven vor allem beim Bund, dann aber auch in Kantonen und Gemeinden. Unser Föderalismus - in Sachen Gesamtverteidigung bei weitem nicht nur ein Nachteil, sondern insbesondere für das Durchhalten der Nation eine kaum überschätzbare Stärke - verlangt nach weit verbreiteten und klaren Vorstellungen betreffend allen Bedürfnissen der ausserordentlichen Lage. Diese Vorstellungen gehen nur dann ins permanente Bewusstsein über, wenn eine entsprechende Schulung Wissen vermittelt, Anstösse gibt und strategisches Verhalten an Beispielen erläutert.

Eine Vertiefung und Systematisierung dieser Schulung ist nötig; und das berechtigte Anliegen der Landesregierung, hierin nicht zu weit zu gehen, um Ueberbeanspruchungen und Desinteresse bei den Funktionären zu vermeiden, darf nicht zur Untätigkeit führen. Schon heute fallen laufend scheinbar "normale" politische Entscheide an, die eine hohe sicherheitspolitische Brisanz enthalten. Stichworte wie Landesversorgung, Energiepolitik, Landwirtschaftspolitik, Asylpolitik, aber auch Bauten, Verkehr und Verbindungen mögen genügen.

Wir benötigen ferner Kader der Gesamtverteidigung, die neben ihren spezifischen Kenntnissen und ihrem unbestritten hohen Engagement

strategischen Ueberblick besitzen. Noch gibt es zuviele Schranken zwischen den einzelnen Bereichen, noch sehen zu wenige, dass sie auch für andere Leistungen erbringen müssen, wenn das Ganze mehr als die Summe der Teile sein soll. Die wachsende psychologische und technische Verwundbarkeit unseres Landes verlangt gebieterisch nach dem erst teilweise vorhandenen Schulterschluss.

Ein weiterer Punkt: Die Führungsorganisation auf oberster strategischer Stufe muss endlich aus dem Experimentierstadium herauskommen. Die notwendigen Funktionen und Abläufe sind hinlänglich bekannt, um eine tragfähige Struktur zu schaffen und einzuüben. Dabei kann man sich fragen, ob unser an sich gesundes Streben nach "Identität von Kriegsstruktur und Friedensstruktur" wirklich überall Anwendung finden sollte. Wäre unser demokratischer Staat nicht falsch aufgebaut, wenn er in der ausserordentlichen Lage ohne ein Mehr an straffer und zeitsparender Führung auskäme?

Mit Recht haben wir für alle möglichen Ereignisse Krisenbewältigungsstäbe bereitgestellt. Es gibt den permanenten Führungsstab der Armee, den Sonderstab Geiselnahme, die Organisationen für radioaktiven Ausfall und chemische Unfälle, es gibt die Führungsstäbe der Kantone, das Katastrophenhilfekorps usw. Aber was geschieht, wenn viele der antizipierten Ereignisse gleichzeitig auftreten? Ist es wahr, dass der Bundesrat, der auch dann die wichtigen politischen Entscheide zu fällen hätte, auch noch das eigentliche Krisenmanagement übernehmen kann? Kann es ein einzelner Departementschef mit entsprechenden Vollmachten? Kann es der Bundeskanzler neben den laufenden Amtsgeschäften? Oder braucht es einen Krisenmanager auf operationeller Ebene? Und genügt es, wenn dieser von Fall zu Fall bestimmt wird?

Sowenig wir meines Erachtens neben dem Bundesrat einen Nationalen Sicherheitsrat im eigentlichen Sinne benötigen, so sehr scheint mir auf der operationellen Ebene noch eine Führungslücke zu bestehen, die es zu schliessen gilt.

8. Die "ausgreifende Komponente" wird wichtiger

Wenn wir einer längeren Entspannungsphase entgegengehen, und manches spricht dafür, erhält die seit 73 in unserer Sicherheitspolitik verankerte strategische Hauptaufgabe "Allgemeine Friedenssicherung und Krisenbewältigung" zunehmendes Gewicht. Ähnliches gilt aber auch für Rückfälle in die Konfrontation, die ebenfalls zu erwarten sind. Auch dann wird es auf unsere Disponibilität für "erweiterte Gute Dienste" ankommen.

Fortschritte der Schweiz auf diesem Gebiet sind unverkennbar. Beispiele sind etwa die Aufstellung der departementsüberschreitenden "Arbeitsgruppe Gute Dienste und internationale Friedenssicherung (AGDIF)", die ebenfalls von EDA und EMD getragene Ausbildung von sicherheitspolitischen Experten sowie die Ressortforschung, welche die sicherheitspolitische Forschung im Rahmen des Nationalfonds abgelöst hat.

Dennoch fragt es sich, ob nicht die Fülle der anfallenden Probleme eine Straffung der Führung in diesem Bereich und eine weitere Professionalisierung erfordern würde. Allein beim Militärbereich geht es um die Mitwirkung bei der Erarbeitung und um die Führung einer schweizerischen Abrüstungspolitik, um die Beschickung von internationalen Sicherheitskonferenzen, um die Ausbildung von Beobachtern an fremden Manövern, um den Empfang solcher Beobachter und Inspektoren, um die Betreuung entsprechender Forschungen usw., usw.

Der im Buche "Dissuasion" erwähnte "Delegierte für Rüstungskontrolle" könnte die heute bestehende - historisch durchaus verständliche - Lücke unter Umständen schliessen. Ich kämpfe für ihn zwar ebensowenig wie Herr Professor Freymond an dieser Stelle für seinen "Nationalen Sicherheitsrat" gekämpft hat, aber ich wollte mit diesem Vorschlag darauf aufmerksam machen, dass etwas Neues auf uns zukommt, das für unsere Sicherheit auf weitere Sicht mindestens ebenso wichtig sein könnte, wie die traditionellen Bereiche, die heute von gewichtigen Amtsträgern, etwa einem Rüstungschef, betreut werden. Einer vorläufig noch kaum wahrscheinlichen, aber doch nicht ganz ausgeschlossenen wirklichen und signifikanten Bedrohungsverminderung in Europa sollten wir mit

klaren Vorstellungen entgegengehen können.

Auch der Frage einer aktiven personellen Beteiligung an Operationen internationaler Friedenssicherung können wir auf die Länge nicht ausweichen. So eindeutig die Ablehnung eines UNO-Beitrittes ausfiel, eine fortdauernde Abstinenz der Schweiz in diesem Bereich rechtfertigt sich weder bei der Völkergemeinschaft, noch bei den uns nahestehenden europäischen Neutralen, die sämtliche über Blauhelm-Kontingente verfügen.

9. Die "bewahrende Komponente" benötigt gezielten Aufbau

Das Pendant zur strategischen Flexibilität ist die ebenfalls bereits angesprochene operative Flexibilität. Auch wenn es der Milizarmee nicht leicht fallen wird, wird sie neben der "Abwehr" einige zusätzliche operative Hauptaufgaben bewältigen lernen müssen. Wie bekämpft man eine Terrorwelle, die über punktuelle Attentate und Entführungen hinausgeht? Was kann die Polizei tun und was muss die Armee übernehmen? Wie werden allfällige Antiterrorereinheiten ausgebildet und welches sind ihre Rechtsgrundlagen? Wie wird sichergestellt, dass Führungseinrichtungen und operative Schlüsselräume möglichst vorsorglich gegen Ueberfälle abgesichert werden können, obwohl das Milizsystem eine ständige Truppenpräsenz ausschliesst und Truppen im Instruktionsdienst selten in so ausreichender Zahl vorhanden sind, dass sie die sich in einer solchen Lage stellenden Aufgaben vollumfänglich lösen können. Wie wird peripheren Stossrichtungen begegnet; wie wird das Aufeinandertreffen von Streitkräften zweier Kriegsparteien auf unserem Boden oder in unserem Luftraum verhindert? Wie reagieren wir ganz allgemein auf neue Waffenentwicklungen und unvorhergesehene Angriffsmöglichkeiten? Eine gewisse geistige und materielle Loslösung von unseren vorgeplanten, zum Teil überorganisierten und zu perfekt auf einen Fall ausgerichteten taktischen und logistischen Dispositiven ist dringend nötig geworden.

Eine generelle Härtung der zivil-militärischen Infrastruktur, eine noch bessere Ausnützung unserer Topographie und eine weitere Steigerung von Feuerkraft und Beweglichkeit scheinen im Lichte

sich abzeichnender mittel- und längerfristigen Bedrohungen notwendig.

Aber die Entwicklung der bewahrenden Komponente greift über die materielle und ausbildungsmässige Bereitschaftssteigerung hinaus. Es ist höchste Zeit, die total veraltete Militärorganisation zu revidieren und ganz allgemein unsere Sicherheitspolitik mit landes- und völkerrechtlichen Regelungen - soweit sie dem modernen strategischen Umfeld entsprechen - in Uebereinstimmung zu bringen. Auch der Frage einer "allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen" darf nicht mehr lange ausgewichen werden. Eine Reihe von Entscheidungsgrundlagen liegen bereits auf dem Tisch; andere werden sorgfältig erarbeitet werden müssen.

Wir benötigen schliesslich ein Konzept einer neuen Dissuasionskomponente, die man mit "Anbieten, Retten, Helfen" umschreiben könnte und die sowohl im Krisen- als auch im Neutralitätsschutzfall, unter Umständen im Rahmen besonderer strategischer Zielsetzungen sogar im Verteidigungsfall wirksam werden könnte. Es handelt sich um ähnliche Einsätze wie sie bereits unser "Katastrophenhilfekorps" durchführt, aber im grösseren Umfange und mit namhaften Mitteln der Armee. Es stünde dem Lande Henri Dunants und des Internationalen Roten Kreuzes wohl an, der "Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft" eine Bemühung um "Kriegsverhinderung durch Hilfsbereitschaft" beizufügen. Sich im Schutze einer militärisch gesicherten Basis mit humanitären und zivilen Leistungen wertvoll zu machen, ist ein Gedanke, den es zu vertiefen gilt. Die hiezu notwendigen materiellen Mittel sind bereits weitgehend vorhanden.

Dass diese Aufzählung nur einige wenige Zukunftsprobleme aus einer ganzen Palette herausgreifen konnte, ist jedermann klar. Man wird deshalb nicht zuletzt der Aufgabe, richtige und eindeutige Prioritäten zu setzen, besondere Beachtung schenken müssen.

Voraussetzungen

10. Die sicherheitspolitische Erziehung ist auf selbstverständliche Mitwirkung auszurichten

Der Wertwandel in unserer Gesellschaft ist unverkennbar; ebenso aber auch die andauernde Leistungsbereitschaft unserer Jugend. Letztere wird indessen immer wieder grossen Schwankungen unterworfen sein. Die Erziehung zur Tätigkeit im Rahmen der Gesamtverteidigung muss deshalb mehr in Richtung auf selbstverständliche Mitwirkung, Verantwortungsübernahme und Pflichterfüllung hinzielen, die auch dann anhält, wenn der Nutzen dieses Tuns von aussen angezweifelt wird oder andere Schwierigkeiten auftauchen. Der Einsatz des Einzelnen soll, wenn sie nun einmal nicht gegeben ist, ohne Begeisterung, aber auch ohne Widerwillen erfolgen können. Unsere Vernunftgründe sollen auch denjenigen überzeugen, der stimmungsmässig mehr in Richtung "Friedensarbeit" tendiert. Unsere "Zweikomponentenstrategie" wird auch ihn zufrieden stellen, sofern er nur geistig redlich und Illusionen gegenüber kritisch ist. Er soll auch klar erkennen können, dass es nicht um eine Militarisierung unseres Staatswesens, sondern im Gegenteil um den Schutz einer freien Entwicklung unserer Gesellschaft und des individuellen Freiraumes geht.

Alle diese rationalen Gründe schliessen jedoch mitreissende Führung und Vorbildwirkung nicht aus. Sie werden immer wieder den Ausschlag geben müssen.

11. Konsens und Vertrauen des Volkes bilden die wichtigste Grundlage

Auch die künftige Sicherheitspolitik muss konsensfähig sein. Das heisst, sie muss den Vorstellungen der grossen Mehrheit unseres Volkes entsprechen und sein Vertrauen in die Selbstbehauptungsfähigkeit der Schweiz stärken. Nichts wäre aber gefährlicher, als im Banne sogenannt. "neuer Konsense" aktuellen Trends nachzulaufen und auf die Befolgung historischer Lehren und die Durchsetzung lebenswichtiger Massnahmen zu verzichten.

Der Umgang mit verteidigungsfeindlichen Minderheiten verlangt besonderes Geschick. Ohne sie aus ihrem pflichtgemässen Beitrag zu entlassen, sollte alles vermieden werden, was an Ueberbeanspruchung ohne Notwendigkeit erinnert. Was heute mehr oder weniger willig geleistet wird, soll nicht plötzlich als schierer Zwang empfunden werden. Das gilt letztlich mutatis mutandis auch für die Milizkader an und für sich. Der Aufrechterhaltung ihrer inneren Bereitschaft ist Sorge zu tragen. Ihre Motivierung durch Information und Belehrung, aber auch durch massvolle Beanspruchung, hat weiterhin ihren grossen Stellenwert.

Umso schärfer ist jenen entgegenzutreten, die mit ihrem Angriff auf den Selbstbehauptungsapparat auch die Schweiz als solche treffen wollen. Sie sollen auf klare Stellungnahmen stossen. In diesem Zusammenhang geben leider eine ganze Anzahl Medien Grund zur Sorge. In ihrem Bestreben, dem Individuum und den Randgruppen gerecht zu werden, sprengen sie zuweilen sämtliche Proportionen und machen sich oft zum Träger apodiktischer Meinungen und von "absoluten Wahrheiten", die aufgrund eines vermeintlich besseren und höheren Wissens vorgetragen werden. Die ständige Berieselung der Oeffentlichkeit mit dem Gedankengut verweigernder Mitwirkung an der gemeinsamen Selbstbehauptungsaufgabe wird auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben.

Medienschaffende, die aber der Ansicht sind, "die Medien hätten den Weltuntergang nicht zu verhindern, sondern ihn zu beschreiben" (Originalzitat), sollte man vor die Frage stellen, wie sie sich verhalten würden, wenn beispielsweise eine Initiative nicht nur auf die Abschaffung der Armee und damit der schweizerischen Unabhängigkeit, sondern auf die Abschaffung der Pressefreiheit zielen würde. Wären sie dann immer noch neutral?

Eine weniger theoretische Frage lautet: Was tun die Medien, um die Krisenfestigkeit unseres Volkes zu erhöhen, die sich anlässlich von Tschernobyl oder Schweizerhalle nicht als besonders gut erwiesen hat? In welchem Masse und ab welchem Gefahrenpunkt sind sie bereit, in einer solchen Lage loyal, wenn auch nach wie vor kritisch, mit den immerhin verantwortlichen Behörden zusammenzuarbeiten?

12. Sowohl Eigenleistung als auch Auslandurteil bestimmen nach wie vor den Erfolg unserer Abhaltestrategie

Die Mechanismen unserer Abhaltestrategie bleiben weiterhin wirksam. Solidarität in der Friedenssicherung und glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit, die nachgeprüft werden kann, sind nach menschlichem Ermessen auch in Zukunft die besten Garanten unserer Sicherheit. Ihre Wirkung ist im Sinne einer dissuasiven Kommunikation mit strategischen Entscheidungsträgern aller Art soweit immer möglich noch zu steigern.

Sollten politische und strategische Veränderungen in Europa die Existenzgrundlagen des neutralen Kleinstaates auf weite Sicht aber unzumutbar einschränken, wird uns die im skizzierten oder ähnlichem Sinne weiterentwickelte Sicherheitspolitik mindestens die nötige Frist verschaffen, um die dannzumal anfallenden schwierigen Entscheide ohne Zeitdruck zu treffen. Sie wird ferner zweifellos mithelfen, den schweizerischen Staatsgedanken und die Schweiz als Nation ins zweite Jahrtausend hinüberzutragen.

3.2. Referat Prof. Dr. Jacques Freymond (nach geliefertem Manuskript): Politique de sécurité et stratégie

Les quelques réflexions que je soumettrai à votre attention sont suggérées par la lecture de l'ouvrage Dissuasion du divisionnaire Däniker et des pages auxquelles le professeur Spillmann nous a plus particulièrement renvoyés. Je ne vais donc pas me référer à l'exposé que nous venons d'entendre. Je dirais même qu'en ce qui concerne l'ouvrage lui-même, je n'ai rien d'original à ajouter à ce qui a été dit de manière claire et avec un talent pédagogique évident par un homme du métier qui s'est plongé depuis de nombreuses années dans l'étude de la stratégie aussi bien que dans l'observation des comportements humains face aux diverses formes de guerres.

Je dirai donc d'emblée - et pour qu'il n'y ait pas d'équivoque dans notre échange de vues sur notre politique de sécurité - que je me rallie à sa définition des menaces militaires et des risques de guerres, que je partage sa conception de la dissuasion et que je ne peux qu'approuver le programme qu'il esquisse dans les pages qu'il consacre à l'éducation aux responsabilités des cadres de la défense générale.

La seule question, fondamentale, que nous devons nous poser est, à mon avis, celle de la crédibilité de la dissuasion. Il ne sert de rien de brandir une arme dont "l'oultre" soit que nous ne nous servons pas. Il est même dangereux de nous laisser prendre dans une course aux armements qui met en question la cohésion nationale, fondement de la dissuasion. La politique de dissuasion doit donc être conduite avec un sens tactique affiné et un souci permanent d'assurer la cohérence de la politique qui est en dite et de l'image qui en est projetée. Elle ne tolère pas le discours électoral.

Comme je tiens à éviter un débat sur la nature des menaces, sur leur hiérarchie, sur la priorité qu'il conviendrait d'accorder aux menaces militaires et aux menaces non-militaires, je dirais simplement que, la distinction étant faite entre menace militaires et menaces non-militaires, nous devons prendre conscience que nos

sociétés doivent se mettre en état de les affronter les unes et les autres. Nous n'avons pas le choix.

La viabilité d'une société démocratique dépend de la capacité de ceux qui la composent (les citoyens, qui sont aussi soldats) de considérer l'ensemble des problèmes qui doivent être résolus les uns en fonction des autres. La Suisse vit dans un système planétaire d'indépendance des problèmes auxquels ils sont confrontés. Il n'est ainsi pas possible de considérer les relations que nous avons avec l'Europe sans les situer dans un contexte mondial; il n'est plus possible d'exploiter les ressources de la planète, d'intensifier la production industrielle, de penser aux guerres qui se déroulent et à celle qui pourraient survenir, sans nous interroger sur l'évolution de notre biosphère. Nos sociétés dites industrialisées - ce qui n'est pas forcément exact en cette période de développement du tertiaire - nos sociétés qui se veulent démocratiques ont besoin sans doute de savants. Mais elles ne peuvent se passer de généralistes qui sont en fait des citoyens.

La considération de l'ensemble des problèmes que nos sociétés modernes doivent affronter nous rapproche du thème que je me propose de traiter, qui se rapporte en fait à la définition de la stratégie. Je ne vais pas m'arrêter à cette définition, car il me paraît plus intéressant de savoir à quel niveau situer la réflexion stratégique. Nous serons d'accord, je l'espère, pour la situer au niveau mondial et dans le mouvement de longue durée. Cette démarche s'impose, mais elle ne nous est pas familière. Les Suisses, même s'ils voyagent à travers le monde, se sentent plus confortables dans leur microcosme et restreignent leur horizon politique aux frontières de leur pays, ce qui fait le désespoir de nos diplomates. Sans doute les Suisses n'ont-ils pas tort de rentrer chez eux et d'y organiser leur vie dans une ambiance qui favorise l'épanouissement de la personne. C'est sur l'attachement à leur traditions, à leur institutions, sur leur solidarité qu'est fondée une défense nationale crédible et que ce qu'on appelle la politique de sécurité a pris corps.

Voilà des années que je m'interroge sur ce terme "politique de sécurité" qui nous vient, si je ne me trompe, de l'étranger et qui

pour moi était un terme étranger qui me gênait. J'avais été accoutumé, en effet, à distinguer la défense nationale - dans laquelle l'armée, dotée d'un équipement plus ou moins moderne, s'appuyant sur une infrastructure toujours plus importante, jouait le rôle principale - de la politique étrangère qui avait pour tâche d'établir et de développer nos rapports avec nos voisins et d'autres nations par delà les mers. J'attribuais, comme chacun, une grande importance et je marquais un grand respect pour la célèbre division du commerce. Mais je ne voyais pas où loger la politique de sécurité.

J'ai fini par supposer que la nouvelle terminologie "politique de sécurité", vague et ambiguë, était une des premières manifestations de la "nucléarisation" de la pensée politique. Je ne vais certes pas mettre en question les travaux, les recherches, et finalement les décisions qui ont été prises concernant la politique de sécurité, et encore moins la chaire qu'occupe notre hôte de ce jour. Mais j'ai le sentiment que nous sommes allés trop loin, que nous avons adopté une définition trop extensive de la politique de sécurité. Et lorsque j'ai pris connaissance de la proposition qui était faite de fondre le Département militaire et le Département des affaires étrangères en un Département de la sécurité et de créer un Département de l'environnement, je suis arrivé à la conviction - et c'est la raison pour laquelle j'aborde ce problème aujourd'hui - que nous étions en train de commettre une grave erreur politique au détriment de la défense nationale et de notre diplomatie qui, à condition d'être bien conduite, est un des instruments de dissuasion les plus efficaces dont nous disposons.

C'est pourquoi je reviens à la stratégie, et plus précisément à la réflexion sur la dimension stratégique qui seule peut nous permettre de mettre en perspective les problèmes que nous avons à résoudre aujourd'hui à tout les niveaux. Nous savons ce que nous avons à faire face à deux complexes de problèmes:

- ceux que posent les modifications des rapports de forces entre continents;
- ceux qui résultent du processus de modernisation qui affecte

toutes les sociétés.

La réflexion stratégique devra donc porter sur les manifestations, que nous pouvons observer déjà, des changements qui interviennent dans les rapports entre les puissances: la modification du rapport des forces entre les Etats-Unis et le Japon et, d'une manière plus large, avec les nouveaux pôles de puissances situés dans d'autres continents; la nature des changements qui interviennent à l'intérieur de l'Union soviétique et dans ses relations avec les Américains. Il est possible que les Etats-Unis ne puissent plus porter le monde sur leurs épaules. Il n'est pas impossible non plus que l'ascension de nouveaux Etats à la puissance mondiale ne modifie pas de manière décisive le système mondial. Quoiqu'il en soit, "l'équilibre stratégique", terme que nous utilisons d'une manière qui ne rend pas toujours compte de sa nature instable, pourrait être en train de se modifier, ce qui pourrait avoir des conséquences considérables sur l'existence même d'un pays comme la Suisse, sur la vision que nous avons de notre avenir, sur les politiques que nous devons adopter.

Nous ne pouvons ignorer, par exemple, l'impact de la récente crise boursière sur les rapports politiques internationaux. Notre analyse stratégique doit être globale; elle doit inclure tous les aspects des relations internationales dans un système qui est à la fois international et transnational, alors que nous avons encore tendance à fragmenter nos analyses et à nous limiter au court terme. Je sais bien que dans la mise en oeuvre des politiques, il faut s'assigner des étapes et travailler dans le court terme. Je n'ignore pas non plus l'importance d'une délimitation des compartiments de terrain. Mais on ne peut s'engager dans le compartiment de terrain européen si on ne l'a pas situé dans le compartiment de terrain mondial. De même, on ne peut pas agir dans le court terme sans avoir réfléchi sur les évolutions probables dans la longue durée.

C'est cette réflexion stratégique qui doit encadrer les programmes de formation à la pratique de la dissuasion, des programmes qui ne concernent pas seulement les cadres de la défense générale. Une réflexion stratégique qui reconnaît la primauté des facteurs politiques dans la conduite des nations. Car les nations ne sont

pas un conglomérat d'intérêts arbitrés par un conseil d'administration. Si elles ont traversé les siècles, les guerres, le génocides, les révolutions, c'est qu'elles rassemblent des personnes liées par un patrimoine culturel. Elles peuvent passer par des périodes de déclin, se diluer, mais aussi renaître.

Mon propos n'est pas, comme vous le constatez, d'énumérer nos moyens stratégiques ni d'en décrire le développement, et encore moins de reprendre l'analyse des menaces, mais de suggérer qu'avant de procéder à un examen de nos moyens nous consacrons le temps nécessaire à une nouvelle appréciation de la situation mondiale, afin d'aborder nos problèmes de défense nationale non seulement dans le cadre d'une politique militaire, d'une politique dite de sécurité, mais dans un contexte plus large, planétaire.

Cette approche, apparemment trop ouverte, de nos problèmes nous donnerait, peut-être, la chance de nous dégager de l'influence, à mon avis excessive de la pensée militaire américaine et de nous dégager du carcan du débat Est-Ouest qui est une des manifestations de l'Eurocentrisme et qui nous gêne dans la politique de notre politique de neutralité.

Ce qui m'importe également c'est de rappeler la primauté du politique qui doit se traduire en terme institutionnel par un renforcement de notre ministère des affaires étrangères, des moyens qu'on lui accorde des exigences que nous sommes en droit de formuler à l'égard de ceux à qui sont confiées des missions à la fois délicates et décisives, un renforcement du ministère des affaires étrangères qui lui permette de coordonner nos politiques étrangères, et cela en étroit accord avec la "Division du Commerce" et avec le Département militaire.

Nous nous rangeons au nombre des nations développées, mais nous avons négligé, par manque de curiosité, d'introduire dans nos programmes d'éducation civique l'étude de la politique mondiale et de l'interdépendance dans ses manifestations les plus concrètes. Nous sommes parfois si satisfaits de nous-mêmes que nous venons à nous cantonner dans des tâches de bons Samaritains et de bons offices.

Or, nous avons des intérêts à défendre dans un monde dangereux, des intérêts qui ne doivent pas être analysés dans leur juxtaposition, mais en fonction de ce que nous considérons comme notre mission essentielle: survivre en tant que nation. Ce qui implique en priorité la réflexion sur la stratégie planétaire.

3.3. Referat Ständerat Piller

Ich bin kein Spezialist in Sicherheitsfragen. Ich präsidiere zwar die Kommission für Sicherheitspolitik der SP, aber man kann auch eine Kommission aus anderen Gründen präsidieren. In der Armee bin ich als Gefreiter im ACSD eingeteilt. Ich sage das, damit Sie ein Bild von mir erhalten. Ich bin Sohn einer Arbeiterfamilie. Wir sind acht Brüder. Unser Vater hat uns sehr geprägt. Keiner meiner Brüder - und ich auch nicht - sind Offizier geworden, weil mein Vater wohl überzeugter Soldat war, aber ebenso überzeugter Demokrat, der noch vor dem Generalstreik geboren war. Er hat uns immer gesagt: "Mich stört das Herr-Knecht-Verhältnis in der Armee, und dieses baut man nicht ab, indem man selber Herr wird, sondern indem man Knecht bleibt und kämpft." Ich sage das hier einfach, damit Sie meine Herkunft verstehen. Meine Brüder sind zum Teil Direktoren und Firmenbesitzer, aber nicht Offiziere. Alle sind aber Soldaten, zum Teil auch Gefreite geworden.

Persönlich betrachte ich mich als verfassungstreuen Bürger und Politiker und habe trotzdem das Abstimmungskomitee für das Rüstungsreferendum präsidiert. Ich bin auch voll eingetreten für die Rothenthurm-Initiative. Basis meiner Aktivität ist eigentlich der Artikel 2 der Bundesverfassung. In Artikel 2 wird von der Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt gesprochen, ein für mich sehr wichtiger Punkt. Gemeinsame Wohlfahrt ist nicht mit materiellem Wohlstand gleichzusetzen. Daraus leite ich für mich die Vorstellung über eine auch künftig erfolgreiche Sicherheitspolitik für unser Land ab: Die Generation, die in unserem Lande die politische Verantwortung trägt, hat den unmissverständlichen Auftrag, unser Land als demokratischen, pluralistischen Staat der Entwicklung entsprechend nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen und im bestmöglichen Zustand der kommenden Generation zu übergeben.

Vielen Drohungen sehen wir uns heute gegenüber. Die militärische von aussen ist meines Erachtens nur die eine, und vielleicht gar nicht mehr die grösste. Wir stellen in den letzten Jahrzehnten fundamentale Veränderungen in der Gesellschaft fest. Schuld daran ist nicht zuletzt der technische Fortschritt. Ab 1960 hat das Halbleiterzeitalter mit allen auch negativen Einflüssen eingesetzt. Immer mehr Güter werden mit immer weniger Menschen

produziert. Das Paradebeispiel ist das Auto, Konsumgut Nummer eins in der Schweiz. Die bald 3 Mio. Fahrzeuge in der Schweiz ergeben hintereinandergereiht 15'000 km Länge. Wir haben aber auch die Möglichkeit erhalten, mit der Elektronik - über die Mikroprozessoren - ein Informatiksystem aufzubauen. Diese Entwicklung hat unsere Gesellschaft fundamental verändert. Und das Ende ist nicht abzusehen.

Ich hatte in diesem Herbst die Gelegenheit, zwei Monate eine albanische Delegation in der Schweiz etwas zu betreuen: den Direktor und zwei Adjunkte der albanischen Meteorologie, die im Rahmen der UNIDO zu uns gekommen waren. Die drei bereisten die Schweiz intensiv. Der Direktor, den ich zu mir einlud, sagte mir, als er etwas offener wurde: "Sie haben ein wunderbares Land, wunderbarer technischer Fortschritt, gute Verbindungsmöglichkeiten - aber Ihre Gesellschaft ist krank." Ich diskutierte mit ihm, und er sagte weiter: "Sehen Sie, Sie haben eine so grosse Zahl Ehescheidungen. Ihre Familien sind keine eigentlichen Familien mehr. Die Kinder gehen kaum 18-jährig weg. Sie haben soviele Drogen- und Alkoholprobleme. Das wäre bei uns undenkbar." Ich hatte das Gefühl, Herr Furgler spreche mit mir. Aber es muss einem schon zu denken geben. Ich sehe hier eine echte Bedrohung für unsere Gesellschaft, vielleicht auch für unseren Staat.

Dann die Umweltbedrohung. Wir werden vielleicht in der Diskussion noch näher darauf eingehen, ich kann unmöglich alles anbringen. Die Umweltbedrohung: technischer Fortschritt, 15'000 km Autos, Grosstechnologie, Naturzerstörung -. Zur Atomkraft möchte ich folgendes bemerken: Ich war erstaunt im Buch von Herrn Däniker zu lesen, die Reaktion der Oeffentlichkeit auf Tschernobyl und Schweizerhalle gehöre nicht unbedingt zu den Ruhmesplätzen der Schweizer Geschichte. Die Oeffentlichkeit wird hier angeprangert, anstatt die eigentlichen Verantwortlichen zu suchen. Ich war heute erstaunt, von Herrn Däniker die Friedensbewegung als grössere Gefahr eingestuft zu sehen als die Errichtung von Atomkraftwerken im Mittelland. Ich sage hier, vor allem als Kernphysiker, folgendes: 1983 hat die Zeitschrift "atomwirtschaft-atomtechnik" (Jg. 28, 1983, S. 647), eine der führenden Zeitschriften, Tschernobyl als eines der sichersten Atomkraftwerke in der Welt vorgestellt

(Artikel von H.-P. Born, Dortmund). Das wurde in Westeuropa geschrieben. Es hat niemand dagegen protestiert. Als der Unfall passierte, hiess es plötzlich: "Pfuscharbeit, schlechtes Sicherheitssystem". Dabei wusste man, dass in Frankreich zwei bis drei genau gleiche Reaktortypen in Betrieb sind. Wenn in Gösigen das Gleiche wie in Tschernobyl passieren würde, dann würde die Schweiz fast aufhören zu existieren. Wir müssten gegen 2 Mio. Leute evakuieren. Das sind ernste Bedrohungen, die meines Erachtens nicht bagatellisiert werden dürfen. Ich male nicht den Teufel an die Wand, aber ich finde, Sicherheitspolitik beinhaltet auch das.

Drittens: Die weltweite Bedrohung durch das Nord-Süd-Gefälle. Wir haben eine riesige Völkerbewegung wegen dem wirtschaftlichen Gefälle zwischen Norden und Süden. Auch dieses Problem muss eine echte Sicherheitspolitik einbeziehen.

Für mich kann ein Staat letztlich nur in Freiheit und Demokratie überleben, wenn es ihm gelingt, die Mehrheit immer davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, für das Ueberleben zu arbeiten. Dazu braucht es aber ein Klima, in dem nicht Angst vor der Zukunft allgegenwärtig wird. Wo der Bürger das Gefühl hat, die Verantwortlichen nähmen die Probleme ernst, wird ein solches Klima geschaffen. Der Staat braucht eine Führung, die Vertrauen schafft, und die alle Bedrohungen wirklich ernst nimmt, und keine bagatellisiert.

An Tschernobyl hat mich nicht die Oeffentlichkeit irritiert, sondern die Führung. Es ist gefährlich zu sagen, das Volk habe sich von den Medien Angst einjagen lassen. Mich hat viel eher beunruhigt, dass die Landesregierung im entscheidenden Moment wenig oder nichts an die Oeffentlichkeit getragen hat. Ich hätte erwartet, dass der Bundespräsident ans Fernsehen gegangen wäre und klar gesagt hätte, was passiert, und dass das nicht subalterne Beamte gewesen wären, einmal von der Ost-, dann von der Westschweiz, die man ans Fernsehen holte. Die erste Aeusserung von Herrn Bundesrat Schlumpf, hat mich als Kernphysiker irritiert. Hier habe ich mangelnde Führung verspürt, mangelnde Fähigkeit, Krisen zu bewältigen, und nicht mangelnde Fähigkeit der Bevölkerung, mit solchen Problemen fertig zu werden. Tschernobyl war ein

paar hundert km von hier entfernt - was wenn bei uns so etwas passiert?

Wir leben heute, ich sage das noch einmal, in einer vollständig veränderten Welt, mit einem vielfältigen Bedrohungsbild. Eine gute Sicherheitspolitik nimmt alle Bedrohungen wahr, selbst, wenn wir Mühe haben, den Konsens zu finden. Das ist unsere Aufgabe in der Demokratie, den Konsens zu finden. Ich finde es gefährlich, gewisse Bedrohungen einfach auszuklammern, weil man das Gefühl hat, man könnte dann nicht mehr konsensfähig sein.

Wenn die kommende Generation motiviert sein soll, diesen Staat weiterzutragen und weiter zu entwickeln, braucht es insbesondere im Bildungswesen wesentliche Verbesserungen. Ich zitiere, was die Gesellschaft anbelangt, Erich Fromm "Haben oder Sein" (München 1979, S. 168f.): "Wenn die Menschen jemals freiwerden, das heisst, dem Zwang entrinnen sollen, die Industrie durch pathologisch übersteigerten Konsum auf Touren zu halten, dann ist eine radikale Aenderung des Wirtschaftssystems vonnöten: dann müssen wir der gegenwärtigen Situation ein Ende machen, in der eine gesunde Wirtschaft nur um den Preis kranker Menschen möglich ist. Unsere Aufgabe ist es, eine gesunde Wirtschaft für gesunde Menschen zu schaffen." Ich habe etwas bedauert, dass diese Thematik im Buch von Herrn Däniker einfach ausgeklammert wurde. Vielleicht hat man Angst, auch einmal zu sagen, dass die freie Marktwirtschaft dort ihre Grenzen hat, wo die Freiheit der Nation und die Freiheit des einzelnen allzu stark eingeschränkt sind. Wenn wir heute soweit sind, dass wir eine gesunde Wirtschaft nur um den Preis kranker Menschen erhalten, brauchen wir eine Umkehr. Deshalb braucht es in der Bildungspolitik neue Akzente. Es braucht eine generelle Ausbildungslinie. Ein Jurist muss beispielsweise wissen, was ein Mikroprozessor ist und wie der Mikroprozessor in seiner Anwendung letztlich direkt oder indirekt unsere Gesellschaft verändert. Erfindungen sind ethisch neutral, aber in der Hand des Menschen können sie problematisch werden.

Herr Däniker spricht auch zu viel von Hierarchie. Dort wo das Bildungsniveau steigt, steigt auch das Bedürfnis nach Demokratie. In der Armee muss ein Demokratisierungsprozess Einzug halten. Ich

spreche oft mit Soldaten nach ihren WK's. Es herrscht ein gewisses Missbehagen, weil viele Offiziere immer noch im letzten Jahrhundert stehen geblieben sind. In den Militärdienst kommen mündige Bürger. Diese Bürger müssen in den Kasernen als mündig behandelt werden. Nichtfunktional begründete Unterschiede zwischen Offizieren und der Mannschaft sind aufzuheben. Damit machen wir einen Schritt hin zur "Volksarmee", wie wir sie verstehen, und wie sie von der ganzen Bevölkerung getragen wird. Es könnte dann vielleicht so kommen, wie das Herr Däniker schreibt, dass die Initiative für die Abschaffung der Armee eine gewaltige Abfuhr erleidet. Ich kann ihnen aber sagen, dass ich jetzt zwei Abstimmungskämpfe hinter mir habe, in denen ich gegen die Offiziersgesellschaft und gegen die offizielle Meinung des Staates gekämpft habe. Das waren das Rüstungsreferendum und die Rothenthurminitiative. Wenn Sie diese Inserate verfolgt haben, dann war immer unterschwellig zu spüren, dass die Anhänger des Rüstungsreferendums und der Rothenthurminitiative als Armeegegner gesehen wurden. Nachher hat man natürlich relativiert. Wenn Sie wie ich monatelang Vorträge gehalten haben und mit dem Volk gesprochen haben, dann spüren Sie den Wunsch nach mehr Demokratie in der Armee, damit die Armee auch getragen wird.

3.4. Referat Prof. Dr. Albert A. Stahel

Prof. Stahel hat in seinem nachgelieferten schriftlichen Beitrag verschiedene Punkte seines Korreferates ausgeführt. Zunächst wird im folgenden aber das an der Tagung gehaltene Referat zusammengefasst:

Ich möchte einige Gründe aufzählen, warum man die Konzeption 73 heute und nicht erst morgen überarbeiten sollte. Zunächst sind Gliederung und Struktur überarbeitungsreif. Wir haben verschiedene Elemente, die nicht ganz zusammenpassen. So sind im Bereich der Bedrohungsschilderung Gedanken Hermann Kahns und André Beaufres nicht befriedigend zusammengeschmolzen. Die strategischen Fälle haben sich m.E. in den Gesamtverteidigungsübungen als nicht sehr zweckmässig erwiesen. Die Schilderung der Bedrohungen müsste überhaupt überarbeitet werden, wenn man an Tschernobyl denkt. Zu berücksichtigen wäre auch die PR-Offensive Gorbatschows, auf die eine Antwort gegeben werden muss. Schliesslich muss der Stil der heutigen Zeit angepasst werden.

Wie hätte ein neuer Bericht auszusehen? Ich würde mich auf das Wesentliche beschränken. Im Zentrum steht die Definition des Begriffes "Sicherheit". Dieser Begriff ist heute - vor allem auch bei den jungen Menschen - wie das Sicherheitsbedürfnis umfassender geworden.

Zu überprüfen ist der Begriff "Dissuasion". Wir beschränken uns heute auf die defensive Komponente der Dissuasion. Wir denken an "Dissuasion" im Sinne der Defensive. Dissuasion ist aber nicht nur defensiv, darf nicht defensiv sein. Dissuasion, das gilt einmal für die Aussenpolitik, muss ausgreifend sein. Auch im operativen Sinne muss die Dissuasion ausgreifend sein. Wir verhalten uns allzusehr wie der Igel. Dabei wird die Aussenwelt immer wichtiger, auch im militärischen Bereich.

Ein neuer Bericht muss für alle verständlich sein, nicht nur für eine Elite. Er braucht eine klare Struktur. Unklare Begriffe wie die strategischen Fälle müssen weg.

Wie ist ein neuer Bericht zu überarbeiten? Auf alle Fälle haben wir heute allgemein schnellere Abläufe. Richten wir uns doch an den Rhythmus der Legislaturperioden und der Regierungsrichtlinien. Weissbücher beispielsweise könnten die Diskussion mit der Bevölkerung in Gang halten und den Dialog herstellen. Wir sollten nicht im Abstrakten bleiben und versuchen, Berichte für die Ewigkeit zu schreiben.

Zur Zeitlimite: Es ist ja eine Arbeitsgruppe für die Konzeption 2000 aufgestellt worden. Wir haben aber jetzt einen Wandel vor uns. In Moskau ist ein neuer Generalsekretär, der uns jetzt seinen Stempel aufdrücken wird. Vielleicht brauchen wir im Jahr 2000 gar keinen Bericht mehr. Wir brauchen ihn jetzt. Die Leute, die ihn schreiben können, sind da. Lassen wir sie also arbeiten. Auch beim Zwischenbericht 79 war es möglich, in kurzer Zeit den Bericht zu erarbeiten und die verschiedenen

Verfahrenshindernisse zu überwinden. Im September 1978 reichte Nationalrat Friedrich sein Postulat ein, am 3. Dezember 1979 verabschiedete der Bundesrat den Bericht, und im Januar 1980 konnte er dem Parlament vorgelegt werden. Dabei waren in der Arbeitsgruppe nur der Vorsitzende und der Sekretär hauptamtlich, und es gab in dieser Zeit auch noch andere Dinge zu erledigen.

Abschliessend: Die Sicherheitspolitik gehört in das Pflichtenheft der Politiker. Die Sicherheitspolitik hat der Armee den Rücken frei zu halten. Mit dieser Aufgabe haben sich die Politiker zu befassen, während die Militärs andere Aufgaben haben.

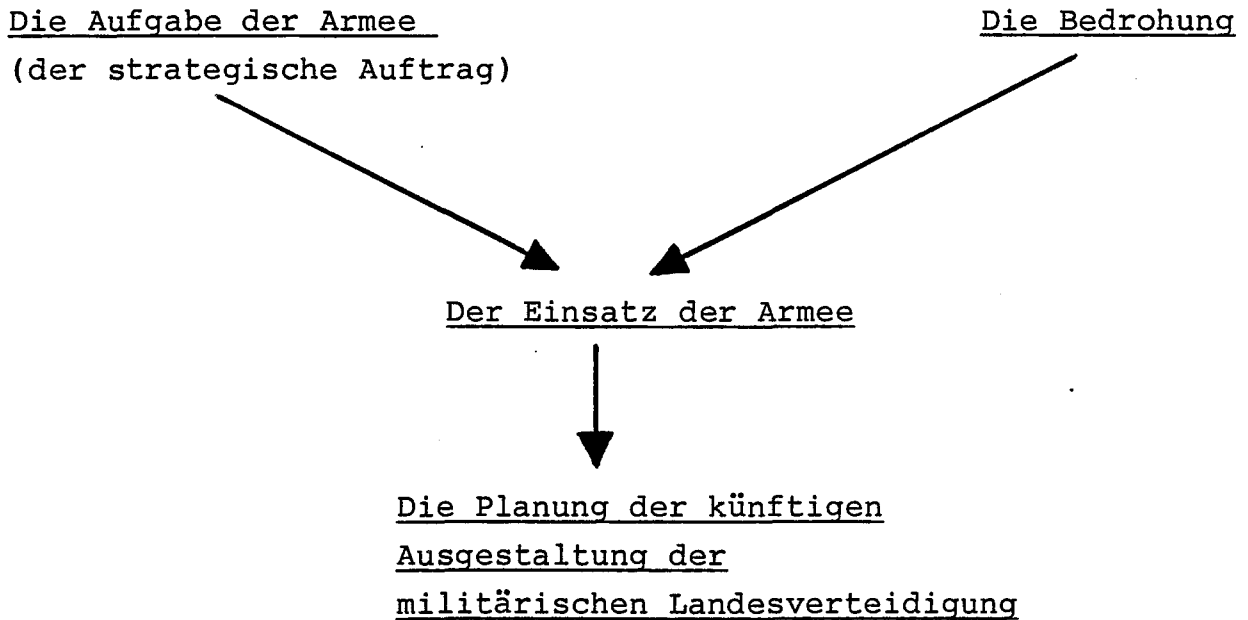
Nachgelieferter Text von Prof. Stahel:

Seit 1966 wird das militärstrategische Denken der Schweiz durch den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 6. Juni 1966 über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung bestimmt. Ausgehend von einer kritischen Würdigung dieses Berichtes und dem modernen Kriegsbild, mit dem die Schweiz konfrontiert ist, wird in diesem Beitrag das militärstrategische Denken in der Schweiz für die Zukunft abgeleitet werden.

1. Die Konzeption der militärischen Landesverteidigung von 1966

Zum ersten Mal seit der Gründung des Bundesstaates hat der Bundesrat am 6. Juni 1966 den beiden Räten eine Konzeption der militärischen Landesverteidigung vorgelegt. Der Anlass für diesen Schritt war die Kostenüberschreitung bei der Beschaffung von 100 Kampfflugzeugen des Typ Mirage III zu Beginn der 60er Jahre und die Motion von Nationalrat Bringolf vom 30. Juni 1960, mit der der Bundesrat aufgefordert wurde, dem Parlament eine Gesamtkonzeption der Landesverteidigung vorzulegen. Diese Motion wurde am 3. Dezember 1964 vom Nationalrat und am 9. März 1965 vom Ständerat erheblich erklärt. Bereits ein Jahr später ist der Bericht über diese Konzeption durch den Bundesrat verabschiedet worden.

Die Konzeption weist folgende Struktur auf:



Das Bedrohungsbild, auf das sich diese Konzeption abstützt, wird in erster Linie durch den Einsatz von Nuklearwaffen in einem Krieg in Europa bestimmt. Deshalb ist es gemäss dem Bericht von 1966 denkbar, dass gegen die Schweiz u.a. folgende Kampfformen ausgeführt werden könnten:

- nukleare Erpressung
- strategischer Vernichtungsschlag
- Angriff mit begrenztem Einsatz von Massenvernichtungsmitteln.

Bei der Beurteilung dieses Bedrohungsbildes muss beachtet werden, dass diese Einsatzkonzeption der Schweizer Armee vor der Verabschiedung der Strategie der Flexiblen Erwidern durch die NATO 1967 erarbeitet worden ist. Während die NATO-Strategie der Flexiblen Erwidern als eine mögliche Option die Begrenzung eines militärischen Konfliktes auf die konventionellen Waffen aufführt, rechnete die frühere NATO-Strategie der Massiven Vergeltung im Prinzip von Beginn eines Konfliktes an mit dem Einsatz der Nuklearwaffen. Das Bedrohungsbild der Konzeption vom 6.6.66 ist offensichtlich auf die frühere NATO-Strategie der Massiven Vergeltung ausgerichtet worden.

Gegenüber dieser Bedrohung wird im Bericht der Armee der folgende Auftrag zugewiesen:

1. Kriegsverhinderung
2. Neutralitätsschutz in der Luft und auf der Erde
3. Kriegführung
4. Behauptung eines möglichst grossen Teils des Staatsgebietes
5. Kampf bis zum Ende des Krieges mit eigenen Kräften
6. Endziel des Abwehrkampfes: Wahrung des Fortbestandes des Volkes und des Staates durch den ganzen Krieg hindurch. Am Ende desselben das gesamte Staatsgebiet in Besitz haben
7. Im Falle von Angriffen mit Fernwaffen und Luftstreitkräften, ohne dass feindliche Erd- oder Luftlandetruppen zum Einsatz gelangen, in Zusammenarbeit mit dem Zivilschutz Hilfeleistung an die Bevölkerung.

Dieser Auftrag an die Armee kann aufgrund der modernen Terminologie wie folgt zusammengefasst werden:

1. Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft
2. Kriegführung in der Form des Abwehrkampfes
3. Hilfeleistung an die Bevölkerung.

Für die Bewältigung der Bedrohung und die Erfüllung des gestellten Auftrages ist der Einsatz der Armee auf drei Möglichkeiten ausgerichtet:

1. Neutralitätsschutz in der Luft und auf der Erde.
2. Schutz- und Abwehrmassnahmen für die Bevölkerung und die Armee bei Terrorangriffen. Der Einsatz der Luftschutztruppen und anderer Verbände der Armee zugunsten der Bevölkerung wird als Katastrophenhilfe bezeichnet.
3. Abwehrkampf auf der Erde und in der Luft.

Im Rahmen der dritten Möglichkeit wird die eigentliche Einsatzkonzeption der Armee beschrieben (S.10):

"Leitgedanke für den Einsatz unserer Armee zur Abwehr eines modern gerüsteten Angreifers muss sein, ein optimales Verhältnis zwischen Raum, Zeit und verfügbaren Kräften herzustellen, um einerseits kein untragbares Risiko in bezug auf die Gefährdung durch Massenvernichtungsmittel einzugehen und andererseits den Erfolg unseres

mit konventionellen Mitteln geführten Abwehrkampfes nicht in Frage zu stellen. Je nach Bedrohung müssen wir anstreben, unsere Kräfte vor Beginn von Kampfhandlungen so zu disponieren, dass einerseits keine unzulässigen Massierungen entstehen, andererseits die Zuteilung angemessener Kampfabschnitte und die gegenseitige Unterstützung der Verbände möglich bleiben." (...) Unsere Armee führt, "ihrer Aufgabe und Eigenart entsprechend, auf operativer Stufe einen Abwehrkampf, der darauf ausgerichtet ist

- den Gegner durch mehrere in die Tiefe gestaffelte Abwehrzonen zu kanalisieren und abzunützen
- die vorderen Treffen des Gegners von den rückwärtigen zu trennen, indem die Flugwaffe das Gefechtsfeld abzuschirmen sucht und die Erdtruppen danach trachten, durch Gegenangriffe und Ueberfälle Verstärkung und Versorgung der feindlichen Angriffsspitzen immer wieder zu unterbinden
- in die Tiefe des Abwehrraumes eingebrochene oder aus der Luft gelandete feindliche Streitkräfte durch Gegenangriffe mechanisierter Verbände mit Unterstützung der Flugwaffe zu zerschlagen."

Seit 1966 werden die Vorbereitungen und Ausrüstungen der Armee für den Einsatz durch diese Konzeption einer statischen Verteidigung, die in der heutigen Terminologie als "dynamische Raumverteidigung" bezeichnet wird, bestimmt. Die Ausrichtung des Einsatzes der Armee auf diese Konzeption hat bewirkt, dass in den vergangenen 20 Jahren reine Defensiv-Waffen beschafft worden sind, wie beispielsweise das Kampfflugzeug Tiger. Die Notwendigkeit der rechtzeitigen Ausschaltung der Offensivmöglichkeiten eines modern ausgerüsteten Gegners mit Boden-Boden-Raketen und Kampfflugzeugen sind in zunehmendem Masse vernachlässigt worden.

2. Das moderne Kriegsbild

Um die notwendigen Änderungen der gegenwärtigen Konzeption der militärischen Landesverteidigung beurteilen zu können, ist es notwendig, das Kriegsbild zu analysieren, mit dem die Schweizer Armee im Falle einer Auseinandersetzung konfrontiert werden könnte. Wir beschränken uns im folgenden auf den schlimmsten Fall: den Angriff der sowjetischen Karpaten-Front auf die Schweiz. Diese

Front, die die zweite Staffel des sowjetischen Angriffes auf den süddeutschen Raum bildet, wird nach dem Durchbruch durch das NATO-Verteidigungsdispositiv die erste Staffel im Raume München ablösen. Der Auftrag an diese Front wird einerseits der Vorstoss an den Rhein und andererseits der Durchbruch durch das Schweizer Mittelland sein. Die Erfüllung dieses Auftrages dürfte die Voraussetzung für einen Angriff auf das Territorium Frankreichs sein.

Für den Durchbruch durch das schweizerische Mittelland wird der Kommandeur der Karpaten-Front, dessen KP sich im Raume München befinden wird, gegen die Schweiz zwei seiner Armeen ansetzen. Für die Zerschlagung der politischen und militärischen Führung der Schweiz sowie der wichtigsten militärischen Infrastruktur wie Flugplätze, Depots und der Stellungen der Boden-Luft-Lenk Waffen Bloodhound, grosser Truppenansammlungen und anderer wichtiger Objekte im rückwärtigen Gebiet der Schweizer Armee, wird der Front-Kommandeur seine Hauptfeuermittel, die Boden-Boden-Raketen Scud (Reichweite 280 km) zugunsten der beiden Armeen einsetzen. Vom verfügbaren Bestand an 72 Scud wird er für den nichtnuklearen Feuerschlag 36 Scuds mit konventionellen Gefechtsköpfen verwenden. Nachdem durch diesen Feuerschlag eine Schneise in das Abwehrdispositiv der Schweizer Armee hineingeschlagen und die Führung zusammengebrochen ist, wird der Frontkommandeur als zweiten Feuerschlag zugunsten des Angriffes der beiden Armeen eine Luftdivision mit 135 Kampfflugzeugen seiner Frontluftarmee in der gemischten Rolle Jäger und Jagdbomber einsetzen. Der Einsatz dieser Kampfflugzeuge dürfte von Flugplätzen aus dem Raume München erfolgen. Für Einsätze gegen Ziele in der Schweiz eignen sich als Jabo vor allem die Typen Su-24 Fencer, der mit Zusatztanks eine Einsatzreichweite von 1700 km aufweist und MiG-27 Flogger mit einer Einsatzreichweite von 1100-1500 km. Der Einsatz dieser Mehrzweck-Kampfflugzeuge wird durch Flugzeuge der Elektronischen Kriegführung und Jäger unterstützt werden.

Für die Bekämpfung der Ziele im Hinterland der beiden schweizerischen Feldarmee korps verfügen die beiden sowjetischen Armeen und die ihnen unterstellten Divisionen (je 4 motorisierte Schützen divisionen) über weitere Boden-Boden-Raketen. Beiden Armeen ist je eine Brigade Scud unterstellt. Zusätzlich ist den 8 Divisionen je eine Raketenabteilung mit je 16 Raketen der Typen Frog-7, Reich-

weite 70 km oder SS-21 , Reichweite 120 km untergeordnet. An direkt unterstellten Mitteln für den eigenen Feuerschlag können die beiden Armeen 176 Boden-Boden-Raketen einsetzen. Dieser Feuerschlag wird gegen die folgenden Ziele im Stellungsraume eines schweizerischen Feldarmee Korps gerichtet sein:

- Flugplätze
- Fliegerabwehrstellen des Objekt- und Raumschutzes
- Kommandoposten der Feldarmee Korps, Divisionen und eventuell der Regimenten
- wichtige Sperren und Stützpunkte
- Bereitschaftsräume und Feuerstellungen der Artillerie
- Bereitschaftsräume der Gegenschlagsverbände: Mechanisierte Divisionen, Panzer Regimenten und Panzer Bataillone
- Reserven in der Tiefe der Räume der Feldarmee Korps
- Basisversorgungsplätze
- Radarstationen, Festungswerke, Feldbefestigungen in der Tiefe der Räume der Feldarmee Korps.

Das Ziel des Feuerschlages der Boden-Boden-Raketen der beiden sowjetischen Armeen und der 8 Divisionen mit konventionellen Gefechtsköpfen wird das Hineinschlagen einer Schneise in die Abwehrdispositive der beiden Feldarmee Korps sein. Durch diesen Feuerschlag wird die Führung der Feldarmee Korps zerschlagen sein. Nachdem die Bresche in die schweizerische Verteidigung hineingeschlagen ist, werden die sowjetischen Panzer hineinstossen. Auch hier wird die Unterstützung und Ausnützung des Feuerschlages durch den Einsatz der Kampfflugzeuge der Frontluftarmee erfolgen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Raketen, wie auch die Artillerie der beiden Armeen den ersten Feuerschlag gegen wichtige Ziele im schweizerischen Abwehrdispositiv ausführen werden. Dieser Feuerschlag wird durch die Raketen der Front unterstützt werden. Für die Unterstützung und Ausnützung dieses ersten Feuerschlages wird der zweite Feuerschlag durch die Kampfflugzeuge der Frontluftarmee erfolgen. Auch deren Einsatz wird durch den Frontkommandeur, entsprechend den Bedürfnissen und der Entwicklung der Lage, angeordnet werden.

Hier nicht behandelt und auch nicht berücksichtigt ist der mögliche Einsatz der Boden-Boden-Raketen mit nuklearen oder chemischen Gefechtsköpfen. Durch den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen dürfte die Situation in einem möglichen Krieg, in den die Schweiz verwickelt wird, entscheidend verändert und auch verschärft werden.

3. Das militärstrategische Denken der Zukunft

Stellt man die schweizerische Konzeption der "dynamischen Raumverteidigung" diesem Kriegsbild gegenüber, so können die Vor- und Nachteile der schweizerischen Verteidigung abgeleitet werden.

Der Vorteil der Konzeption vom 6.6.66 ist sicher der, dass diese defensive Verteidigung billig ist und dass durch den Kampf im eigenen Land die Verhältnisse bekannt sind.

Als Nachteil muss bezeichnet werden, dass durch defensive und statische Verteidigung der Raketenschlag der sowjetischen Front und der Armeen passiv, ohne Gegenschlag abgewartet wird. Es fehlen der Schweizer Führung, abgesehen von den 139 Kampfflugzeugen des Typ Hunter, die Mittel für die Zerschlagung der Raketenstellung und damit für offensive Einsätze gegen die Ziele im rückwärtigen Raum der sowjetischen Front.

Zum Flugzeug Hunter muss bemerkt werden, dass es sich um ein altes Flugzeug aus den fünfziger Jahren mit einem begrenzten Aktionsradius von 350 km handelt. Die Leistungen des Hunter sind zu schwach, um mit Aussicht auf Erfolg die Raketenstellungen und Flugplätze der sowjetischen Front im Raume München bekämpfen zu können. Neben dem Hunter verfügt die Schweizer Luftwaffe über 34 Mirage IIIS und 107 F-5E/F Tiger, deren Hauptauftrag aber die Luftverteidigung und der Raumschutz über dem schweizerischen Hoheitsgebiet ist. Der Grund, warum die Schweizer Luftwaffe heute über kein Kampfflugzeug für Angriffe in die Tiefe des gegnerischen Raumes verfügt, ist der bundesrätliche Nullentscheid von 1972 über die Sistierung der Beschaffung der schweren Jagdbomber Corsair. Der Corsair weist einen Aktionsradius von 1127 km auf und verfügt über eine Waffenzuladungskapazität von 6804 kg.

Für die Bekämpfung der Boden-Boden-Raketen einer sowjetischen Front und der unterstellten Armeen müssen in absehbarer Zeit sowohl eine Neuorientierung der Konzeption der Schweizer Landesverteidigung erfolgen wie auch die entsprechenden Rüstungsbeschaffungsmassnahmen ergriffen werden. Beides könnte in der Zukunft zu einem neuen militärstrategischen Denken in der Schweiz führen.

Für die Bekämpfung und Abwehr der Raketen einer sowjetischen Front muss sich die Schweizer Landesverteidigung in der Zukunft an einer Konzeption der Vorwärtsverteidigung orientieren. Dies bedeutet, dass bei der Aufstellung der beiden sowjetischen Armeen und der Erfassung der Vorbereitung des Einsatzes der Boden-Boden-Raketen die Stellung dieser Raketen zerschlagen werden muss. Dies bedeutet, dass der Einsatz der Flugwaffe als das weitreichendste Mittel der Armee auf eine Konzeption der dynamischen und offensiven Verteidigung hin orientiert werden muss. Nur so wird die Glaubwürdigkeit unserer Verteidigungsanstrengungen in der Zukunft gewährleistet werden können.

Für die Erfüllung dieses Auftrages benötigen wir für die Ablösung der Hunter ein modernes Kampfflugzeug, mit dem diese Raketenstellungen und -Feuerbasen, wie auch die Kommandoposten der sowjetischen Front, Armeen und Divisionen und die Flugplätze der sowjetischen Frontluftarmee, bekämpft werden könnten. Moderne Mehrzweck-Kampfflugzeuge können aber nicht nur diese Einsatzrolle der "offensiven Counter-Air" erfüllen, sondern auch die der "defensiven Counter-Air", d.h. der Luftverteidigung. Dazu muss bemerkt werden, dass die offensive Counter-Air kostenwirksamer als die defensive Counter-Air ist, da durch die erste Einsatzart nicht nur ein gegnerisches Flugzeug als Ziel ausgeschaltet wird, sondern mehrere Ziele (unter der Voraussetzung der rechtzeitigen Erfassung der Bodenziele und der genauen Zieleinweisung) gleichzeitig vernichtet werden. Unter Berücksichtigung dieses Aspektes könnten durch die Beschaffung eines modernen Mehrzweck-Kampfflugzeuges, sofern die Beschaffung in genügender Zahl erfolgt, nicht nur die Hunter sondern gleichzeitig auch die Mirage abgelöst werden. Folgt man dieser Ueberlegung, dann darf als neues Kampfflugzeug unter keinen Umständen ein Flugzeug mit der primären Einsatzrolle des Jägers, wie der amerikanische F-16, beschafft werden. Dieser weist

mit den internen Tanks lediglich einen Aktionsradius von 580 km auf.

Den hier gestellten Forderungen genügen im Prinzip nur zwei Kampfflugzeuge, die für die Schweiz zum gegenwärtigen Zeitpunkt beschaffungsreif sind, das amerikanische Mehrzweck-Kampfflugzeug F-18 und der Tornado, der durch Grossbritannien, Deutschland und Italien hergestellt wird. Der F-18 weist mit den internen Tanks einen Aktionsradius von 740 km oder mit Zusatztanks einen Aktionsradius von 1180 km auf. Was den Tornado betrifft, so weist er einen Aktionsradius von 1380 km auf. Mit beiden Kampfflugzeugen wäre eine Bekämpfung der Raketen-Stellungen, Kommandoposten und Flugplätzen in der Tiefe der sowjetischen Front gewährleistet. In einer ersten Tranche von 40 Kampfflugzeugen könnten die alten Hunter abgelöst werden und in einer zweiten Tranche von 40 Kampfflugzeugen die Mirage. Während die erste Tranche in der Legislaturperiode 1987-91 beschafft würde, könnte die zweite Tranche für die darauffolgende Legislaturperiode 1991-95 geplant werden. Auf die vorgesehene Umrüstung der F-5E/F als Jagdbomber für die Ablösung der Hunter sollte aus Kosten- wie auch aus verteidigungspolitischen Glaubwürdigkeitsgründen verzichtet werden. Anstelle dieser unnötigen Ausgaben sollte eher der Kauf eines modernen Flugzeuges für die elektronische Aufklärung und Ueberwachung ins Auge gefasst werden.

Was die Abwehr der angreifenden Raketen betrifft, so könnte für den Raumschutz in der übernächsten Legislaturperiode als Ersatz der Bloodhound-Lenk Waffen ein System wie die verbesserten Lenk Waffen Patriot (improv.) der USA mit einer Reichweite von über 100 km beschafft werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden in den USA für eine allfällige Aufstellung eines solchen Systems in Westeuropa Tests bei der Abwehr und Vernichtung angreifender Boden-Boden-Raketen des Kurzstreckenbereiches durchgeführt. Neben den USA führen auch andere Staaten, wie Israel, mit ähnlichen Abwehr-Lenk Waffen Tests durch.

Was die Bekämpfung der sowjetischen Panzer und Artillerie auf dem Gefechtsfeld betrifft, so sollte die Schweizer Flugwaffe von diesem Auftrag entbunden werden. An ihrer Stelle könnte der Artillerie, sofern sie mit Boden-Boden-Lenk Waffen des Typ Lance,

Reichweite 120 km, oder einer Lenkwaffe mit der Reichweite von 300 km ausgerüstet würde, ein solcher Auftrag gegeben werden. Mit den Lenkwaffen könnten die erwähnten Ziele des Gefechtsfeldes bekämpft werden.

Für die optimale Ausnützung und Ergänzung einer neu ausgerüsteten Artillerie könnten die Mechanisierten Divisionen der Feldarmee in kleinere Mechanisierte Brigaden umgliedert werden. Durch diese Umgliederung würden die neuen Brigaden zur Führung von Gegenschlägen im Grenzbereich wie auch über die Grenze der Schweiz befähigt sein. Dies könnte ein weiterer Bestandteil der Konzeption der Vorwärtsverteidigung sein.

Die bisherigen Ausführungen zum künftigen militärstrategischen Denken in der Schweiz lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Für eine glaubwürdige Verteidigung in der Zukunft benötigt die Schweiz eine neue Konzeption. Auf Grund dieser Konzeption muss der Einsatz der Armee, so vor allem derjenige der Flugwaffe, im Sinne einer Vorwärtsverteidigung dynamischer und offensiver sein. Damit diese Konzeption ausgeführt werden kann, müssen die entsprechenden Rüstungsbeschaffungsmassnahmen ergriffen werden. Dies gilt vor allem für den Bereich der Flugwaffe. Diese Beschaffungsvorhaben müssen auf der Grundlage realistischer Lagebeurteilung geplant und vollzogen werden.

Die Rüstungsbeschaffungsmassnahmen der letzten 17 Jahre waren auf die Verteidigung ab Landesgrenze und damit auf den inneren Bereich der Kriegsverhinderung gerichtet. Diese Rüstungsvorhaben hätten im Prinzip erst nach der Ausführung von Rüstungsvorhaben für die Abwehr gegen die Raketen und Kampfflugzeuge der Gegenseite und damit für den äusseren Bereich der Kriegsverhinderung vollzogen werden dürfen. Die Vernachlässigung der Rüstungsbeschaffung für den äusseren Bereich der Kriegsverhinderungen in den letzten 17 Jahren belegt das Beispiel des Null-Entscheidung über den Corsair. Wird in der Zukunft die bisherige Entwicklung weiterverfolgt, dann wird die Schweiz wohl über eine mit modernen Waffen ausgerüstete Armee verfügen; diese Waffen werden aber erst eingesetzt werden können, nachdem der Krieg gegen die Schweiz mit Raketen und Kampfflugzeugen bereits entschieden sein wird.

3.5. Diskussion

Prof. Spillmann eröffnet die Diskussion mit dem Vorschlag, sich auf zwei Fragen zu konzentrieren:

- Strategische Mittel: Katalog und Gestaltung. Muss der Katalog der strategischen Mittel erweitert werden?
- Problem der Führung der Sicherheitspolitik.

KKdt zD Zumstein äussert sich zu drei Punkten:

Erstens sind bei einer Revision der Sicherheitspolitik von 1973 die verwendeten Begriffe zu klären und dem internationalen Sprachgebrauch anzupassen.

Zweitens darf die Angst vor dem Konsensverlust nicht entscheidend sein für den Einbezug der Bedrohungen.

Drittens kann der Bundesrat nicht die Funktionen eines nationalen Sicherheitsrates übernehmen. Der Bundesrat hat keine Zeit für Dinge, die über die Legislaturperioden hinausgreifend betrachtet werden sollten. Von den vier Jahren einer Legislatur sind zudem ein halbes Jahr Anlaufzeit und ein weiteres halbes Jahr für die Wahlvorbereitungen abzuziehen. Wir brauchen dringend ein Gremium, das fähig ist zur ständigen Betrachtung der Sicherheitslage einerseits, und das in der Lage ist, sich in einer prospektiven Analyse der langfristigen Entwicklung der Gefährdung anzunehmen. Langfristig ist aus meiner Sicht ein Mehrfaches einer Legislatur, das bewegt sich zwischen acht bis zwölf Jahren. Dieses Gremium sollte so beschaffen sein, dass es weder administrieren noch führen muss. Es braucht nur eine Kompetenz neben der fachlichen, die selbstverständlich hier vorausgesetzt ist, nämlich die Kompetenz, die Landesregierung periodisch über die Sicherheitslage zu informieren. Die politischen Entscheide sind nicht in diesem Gremium, sondern in den bestehenden politischen Strukturen zu fällen.

Prof. Aebi: Ich möchte als Wissenschaftler, und nicht als ehemaliger Beamter des EMD, einige Bemerkungen zur Neubeurteilung der Sicherheitspolitik machen. Bereits 1947 gab Prof. Fritz Zwicky in einem für die KTA geschriebenen Gutachten zur Modernisierung der Rüstung der Schweizerarmee eine umfassende Analyse der staatlichen

und gesellschaftlichen Ueberlebensstrategie im Sinne einer nationalen "Gesamtbereitschaft" : Er forderte damals die Einsetzung eines Instituts für Wehrwissenschaft, das dem Gesamtbundesrat gegenüber verantwortlich sein sollte. Erst zwanzig Jahre später kam es zur Einsetzung der Studienkommission für strategische Fragen und damit zu erweiterten Ansätzen der Strategie. Nochmals zwanzig Jahre brauchte es für die Verwirklichung der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktdanalyse. In diesen vierzig Jahren veränderten sich sowohl die Schweiz als auch ihre Umwelt stark, doch die Forderung nach einer Strategie einer Gesamtbereitschaft ist nach wie vor aktuell, damit auch der Einbezug sämtlicher Komponenten der Unsicherheit und der Bedrohung.

Im Aufsatz "Morphologie der Unsicherheit" (Technische Rundschau, 79. Jg., Nr. 42, 1987, 8 - 13) habe ich versucht, im Sinne eines morphologischen Kastens nach Zwicky ein vernetztes Schema der sicherheitspolitischen Situation darzustellen:

Gefahren, welche Staat, Volk und Gesellschaft betreffen, geordnet nach Ursprung, Schädigungsabsicht und Wirkungsebenen, mit Beispielen

Ursprung der zu → erwartenden Schädigung	ausgehend vom Landesinnern		ausgehend vom Ausland	
	ohne gezielte Absicht	mit gezielter Absicht	ohne gezielte Absicht	mit gezielter Absicht
Wirkungsebene	<i>Beispiele:</i>	<i>Beispiele:</i>	<i>Beispiele:</i>	<i>Beispiele:</i>
kulturelle Ebene	Verlust der Verbundenheit und der Tradition	Schüren von Intoleranz, Partikularismus und Mißtrauen	Überflutung durch fremde Massenmedien	bewußte Beeinflussung über ausländische Massenmedien, Propaganda
soziale Ebene	neue soziale Gegensätze durch neue Technologien	Ausnützen sozialer Spannungen zu Sonderzwecken	ungelöste Flüchtlings- und Fremdarbeiterprobleme	soziale Agitation durch Unterwanderung
politische Ebene	Verlust des Interesses am demokratischen Staat	gezielte politische Polarisierung	Prestigeverlust des Landes, Isolierung	Unterdrucksetzung in außenpolitischen Belangen, Agententätigkeit
ökologische Ebene	zunehmender Verlust des ökologischen Gleichgewichts	Nichtbeachtung und Bekämpfung ökologischer Maßnahmen	importierte Luftverschmutzung, Import neuer Schädlinge	ökologische Kriegführung
wirtschaftliche Ebene	Verlust der Konkurrenzfähigkeit von Betrieben und Arbeitsplätzen	Zerstörung des Einvernehmens wirtschaftlicher Gruppierungen	zunehmende Auslandsabhängigkeit durch Fusionen und Übernahmen	Erpressung durch Wirtschaftsblockade und Sanktionen
militärische Ebene	Verlust des Verteidigungswillens	gezielte Schwächung der Wehrkraft, Sabotage	Grenz- und Luftverletzungen bei Kampfhandlungen im Ausland	militärische Angriffe, Terror, Besetzung

Die bisherige Sicherheitspolitik beschränkt sich leider meistens auf die Felder des rechten und unteren Randes des morphologischen Kastens. Die Aspekte der kulturellen, sozialen und ökologischen Ebene gehören aber auch ins Pflichtenheft der Politiker. Man darf nicht aus Angst vor Konsensverlust auf sie verzichten.

A. Bundesrat Honegger erklärt sich einverstanden mit dem Vorschlag von KKdt Zumstein, die Begriffe bei einer Ueberarbeitung der Konzeption zu klären. Man darf aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und all das einbeziehen, was im morphologischen Kasten von Prof. Aebi angesprochen worden ist. Dann wird man nie fertig, kann keinen Konsens finden und bekommt kein Papier, mit dem man regieren kann.

Was die Führung betrifft, so muss der Bundesrat führen. Ein beratendes Organ ist denkbar. Doch muss dieses Organ einem Departementschef unterstehen. Dabei ist vielleicht an einen Ausbau der heutigen Zentralstelle für Gesamtverteidigung zu denken.

Prof. Lendi fordert dazu auf, die Sicherheitspolitik neu geistig anzureichern und sie wieder verständlich zu machen. Der Begriff Sicherheitspolitik kommt weniger gut an als der Begriff der Gesamtverteidigung. Der Begriff "Gesamtverteidigung" ist aber zu eng. Die drei Grundideen der Sicherheitspolitik müssen deshalb wieder veranschaulicht werden: Unsere Sicherheitspolitik muss offensiv, dissuasiv und defensiv sein. Die offensive Komponente dieses Tryptichons umfasst eine breit angelegte Friedenspolitik. Ebenfalls breit muss die Abhaltewirkung sein. Die dritte Komponente soll sich ganz deutlich im defensiven strategischen und operativen Auftrag der Armee zeigen.

Den von Prof. Stahel vorgeschlagenen Rhythmus von sicherheitspolitischen Berichten für jede Legislaturperiode ist abzulehnen. Man muss zwischen langfristigen Grundsatzpapieren wie der Gesamtverkehrskonzeption und den Massnahmepaketen der Legislaturperiode unterscheiden. Dieser doppelte Zeithorizont garantiert sowohl eine dynamische Arbeit als auch die unerlässliche Konsensbasis.

Bei der Führung gibt es keine andere Lösung, als dass sie bei der Regierung liegen muss. Allerdings braucht es für die Verarbeitung der in Krisen grossen Informationsflut ein sichtendes Organ.

Herr Arbenz glaubt, dass ein Konsens darüber besteht, dass etwas getan werden müsse. Als Ansatz für die Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Konzeption schlägt er die Diskussion mit dem Bürger vor. Natürlich braucht es dazu Vorarbeit. Mittelfristige Uebungen werden aber nur in einem Glashaus stattfinden und einen weiteren Bericht hervorbringen, der unverständliche Begriffe enthält und der nicht garantiert, dass die darin entworfenen Instrumentarien vom Volke getragen werden.

KKdt zD Zumstein tritt ein für die Unterscheidung zwischen einem Bericht, der die Instrumente, Begriffe, Mittel und Methoden der Sicherheitspolitik enthält, und periodisch abzufassenden Botschaften, welche die Bedrohung und die sicherheitspolitischen Führungsmassnahmen darstellen.

Prof. Stahel schliesst sich in einer Antwort auf das Votum von Prof. Lendi der Unterscheidung von KKdt Zumstein an. Es braucht einen Basisbericht und die Aktualisierung im Rahmen von Weissbüchern oder Regierungsrichtlinien. Das Beispiel der Gesamtverkehrskonzeption ist schlecht, weil diese Konzeption (wie auch die Gesamtenergiekonzeption) in vielen Schubladen landete. Man spricht nicht mehr von ihr. Heute ist beispielsweise die Bahn 2000 in aller Munde, und nicht die Konzeption. Es braucht eben den Bezug zur Bevölkerung und den Dialog mit ihr.

Prof. Lendi verteidigt das Beispiel der Gesamtverkehrskonzeption, weil es die Dynamik zwischen dem doppelten Rhythmus des langfristigen Konzepts und der Massnahmenpakete in den Legislaturperioden gut dokumentiert.

KKdt Feldmann warnt vor der starken Tendenz, die Dinge ein für alle Mal regeln zu wollen. Das Beispiel der Konzeption der militärischen Landesverteidigung von 1966 zeigt die Problematik solcher langfristiger Regelungen. Man muss sich heute noch immer auf sie beziehen, weil sie in den Grundformulierungen noch immer gilt,

doch geschieht das halbherzig, denn die Art der Präsentation wird von Jahr zu Jahr antiquarischer. Wir hätten das Potential und gute Gründe für einen rascheren Rhythmus der Neuformulierungen, ohne dass man aber grundsätzlich Neues sagen müsste. In den deutschen Weissbüchern zur Sicherheitspolitik scheut man auch nicht davor zurück, Dinge zu wiederholen. Anzupassen ist jeweils hauptsächlich die Beschreibung der Bedrohungen und des momentanen Standes der Mittel, während beispielsweise die Definition der strategischen Fälle oder der sicherheitspolitischen Ziele gleich zu bleiben haben. So kann man mit einem rascheren Rhythmus ständig die beiden Faktoren Bedrohung und sicherheitspolitisches Instrumentarium auf die generellen Zielsetzungen beziehen und zugleich die sprachlichen Veränderungen berücksichtigen.

Div Däniker: Es geht nicht darum, den Bericht 73 in seiner heutigen Form zu retten oder für die Zukunft zu bewahren. Die Analyse wird feststellen, was beibehalten und was geändert werden muss. An dieser Analyse wird jetzt gearbeitet.

Gegen das von Herrn Arbenz umrissene Glashaus der Experten möchte ich mich ganz entschieden wehren. Es stimmt doch nicht, dass alle, die in einer - in der Regel breit gefächerten - Arbeitsgruppe tätig sind, keine Ahnung von dem hätten, was das Volk denkt.

Prof. Lendis Ideen sind keineswegs neu, stehen bereits im Bericht 73 und werden ständig praktiziert, auch vom Bundesrat.

Was die Angst vor dem Konsens betrifft, so geht es nicht um die Angst vor dem Konsens, sondern um die Frage: Wie kann man einen sicherheitspolitische Konsens gegen Bedrohungen am besten erwirken, damit diese Bedrohungen minimiert werden. Es hat keinen Sinn, den morphologischen Kasten bis zur Kultur auszudehnen, um dann nachher zu fragen, ob die Leute, die die Rote Fabrik besuchen, die gleiche Sicherheitspolitik wollen wie der Bundesrat. Man soll doch nicht übertreiben. 1973 hat das ganze Parlament, das auch weiss, was das Volk denkt, der Sicherheitspolitik zugestimmt, mit Ausnahme der Partei der Arbeit und der Nationalen Aktion. Diese Parteien waren aber nicht dagegen, sondern ihnen ging die Sicherheitspolitik in bekannter Weise nicht weit genug. Der Konsens ist zwar

nicht auf dem kleinsten Nenner zu suchen. Er ist dort zu suchen, wo die grössten Bedrohungen anfallen. Vielleicht braucht es eine gewisse Ausweitung, aber in Massen.

Prof. Spillmann erinnert an das an der letzten Tagung gegebene Stichwort "Schwellentheorie".

Prof. Freymond sieht die Gefahr darin, dass man sich zu stark auf den "microcosme hélvétique" konzentriert. Das geschieht mit bewundernswerter Aufmerksamkeit, aber man vergisst dabei die tatsächliche Entwicklung der Bedrohungen.

Auch darf man beim strategischen Denken nicht in einem engen Ost-West-Schema befangen bleiben. Ich habe das Buch von Gorbatschow gelesen, darüber geschrieben und den Vorwurf an Mazarin zitiert, dass die grosse Schwäche des Kardinals darin bestand, niemandem gute Absichten zuzubilligen.

Das tatsächliche strategische Grundproblem stellt sich auf der planetarischen Ebene. Unsere Aufmerksamkeit muss sich mit dem Wachstum der wirtschaftlichen Macht Japans beschäftigen, welche tendenzmässig diejenige der USA allmählich ersetzt. China ist zu beobachten, das sich langsam entwickelt, sowie Mächte, die ähnlich wie Japan wirtschaftlich stärker werden. Das Hauptproblem des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist die Aenderung des Weltsystems, in dem wir seit 1945 leben. Die Bedrohungen, die sich daraus ergeben, sind nicht direkt militärisch, auch wenn die militärische Bedrohung nicht geleugnet werden darf, sie sind ökonomisch und kulturell. Die Schweizer beschäftigen sich allzusehr mit ihrer kulturellen Identität anstatt mit dem Ueberleben als Nation. Man darf nicht vergessen, dass rund 40% unseres Handels aussereuropäisch sind.

Im strategischen Denken ist nicht nur Europa, nicht nur die direkte Gegenwart, nicht nur das Ost-West-Verhältnis, sondern das Ganze, in dem sich Europa befindet, zu beachten. Ich denke vor allem, dass die kleinen Gruppen zu vermehren sind, die solche Themen diskutieren und möchte der "Historischen Standortbestimmung" ihren Rang zurückgeben. Wahlen gab ihr ihren Platz: Unsere

Politik wurde in den grösseren Zusammenhang gestellt. In diese Zusammenhänge konnte man die militärischen und ökonomischen Bedrohungen einfügen.

Dr. Näf erklärt sich mit einer solchen Sicht einverstanden.

Bei der Frage der Verankerung der Sicherheitspolitik in der Bevölkerung darf die Oeffentlichkeitswirkung von in kurzen Abständen erscheinenden Berichten nicht vergessen werden. Oeffentliche Aufmerksamkeit finden zudem vor allem Regelungen, welche das Instrumentarium der Sicherheitspolitik betreffen. Entscheidend sind letztlich die konkreten Fragen wie "Armee, Zivilschutz - Umweltschutz", Erweiterung der Wehrpflicht auf die Gesamtverteidigung oder Führung der Gesamtverteidigung.

Div Däniker sieht hier eine Verwechslung von wichtigen Problemen mit dem Kern der Sache vorliegen. Wir müssen im Grundsätzlichen bleiben. Sicherheitspolitik ist ein Führungsakt der Staatspolitik. Ausgehen muss man von den strategischen Hauptaufgaben. Von dort her dann man die Frage der Zuteilung der Mittel und allenfalls die Schaffung neuer Mittel und auch die Schaffung von nötigenfalls neuen Führungsinstanzen angehen. Wir dürfen das Pferd nicht beim Schwanz aufzäumen.

Prof. Fritsch: Im Zusammenhang der erwähnten und in Zukunft wichtiger werdenden PR-Offensive von Gorbatschow sind die besprochenen Führungsaufgaben zu sehen. Wir werden uns sehr schnell vor die schwierige Aufgabe gestellt sehen, den konventionellen militärischen Bereich zu verteidigen. Obwohl er objektiv wichtiger wird, schwindet die Bereitschaft ihn zu pflegen. Vermutlich wird Gorbatschow auch im konventionellen Bereich "Konzessionen" machen, die aber nur darauf hinauslaufen, eine rationelle Organisation zu schaffen. Vieles wird dem Bürger als Friedenswille verkauft, was kein Friedenswille ist. Und da sehe ich eine ganz grosse Aufgabe, die uns bevorsteht. Sie ist eine psychologische.

Ständerat Muheim ist durch die Diskussion um den Begriff Konsens herausgefordert: Konsens ist in der Demokratie der dauernde Kampf. Es geht am Problem vorbei zu sagen, die Zustimmung des Parlamentes

zum Bericht 73 mache eine Ueberarbeitung des Berichtes überflüssig. Es braucht einen neuen Bericht. Er soll gestraffter, aussagekräftiger und eingängiger sein. Begriffe wie "Dissuasion" sind unverständlich. Der Bericht 73 ist für die obersten Kreise geschrieben. Wenn wir wirklich ein Handbuch daraus machen wollen, ein Argumentarium für mich, damit ich in meinen Vorträgen etwas Vernünftiges sagen kann, dann braucht es einen neuen Bericht, für dessen Konsens wir zu kämpfen haben. Der Bericht soll aufnehmen, was das Volk denkt. Wenn er trotzdem keinen Konsens findet, dann ist die Schweiz nicht mehr existenzfähig und kein geistiges Patrimonium mehr.

Dr. Schärli macht eine fragende Anmerkung zu These 8 des Vortrag von Div Däniker und zum Votum von Prof. Lendi mit seiner Forderung nach einer offensiven Friedenspolitik: Ich möchte hier die Frage - und nur die Frage - vortragen: Wohin stossen wir mit unserer ausgreifenden Strategie? Wir betreten ja Territorien, die von Stärkeren belegt sind, die ein Gewicht zur Geltung bringen, das mit demjenigen eines neutralen Kleinstaates in keinem Verhältnis steht. Die Handlungsmöglichkeiten, die wir haben, hängen weitgehend vom Gewicht ab, mit dem diesen Möglichkeiten politischer Nachdruck verschafft werden kann. Ich erlebe gelegentlich, dass wir im euro-politischen Rahmen ein Leichtgewicht sind. Wie werden nun die Ausbauschwergewichte, die Div Däniker anspricht, gelegt? Wo haben wir realistische Handlungsmöglichkeiten? Welche Ziele können wir unter den Bedingungen des innenpolitischen Konsenses und der aussenpolitischen Durchschlagskraft angehen? Auf der einen Seite lehnen wir institutionelle Ausgreifmöglichkeiten wie Sozialcharta oder UNO ab, auf der anderen Seite sehen wir uns mit den Erschwernissen konfrontiert, die sich aus solcher Ablehnung international ergeben. Ich möchte einfach auf das Problem hinweisen. Man sollte keine zu grossen Erwartungen wecken.

Schlussvotum Prof. Stahel: Eine Ueberarbeitung der Konzeption 73 soll die mannigfaltiger gewordene Bedrohung berücksichtigen. Auch die zahlreichen sowjetischen Schriften sollten besser studiert werden. Es gibt nicht nur das Buch Gorbatschows.

Der Begriff Sicherheit muss neu definiert werden. "Sicherheit" und das Bedürfnis nach ihr sind heute dynamischer geworden.

Die nach wie vor wichtigste strategische Hauptaufgabe der Dissuasion muss offensiver werden. Offensiver muss vor allem das operative Denken in der Armee werden.

Die Ueberarbeitung der Konzeption 73 soll bald geschehen. Tut etwas Mutiges und setzt doch das Jahr 1990 und nicht 2000 als Zeitlimite.

Das Schlussvotum Ständerat Pillers zitiert Helmut Schmidt, der in einem Interview am 15. Oktober 1987 in der "Weltwoche" sagte, dass die Streitkräfte Frankreichs, der BRD, Italiens und der Beneluxländer bei weitem ausreichen, um Moskau vor einem konventionellen Angriff abzuschrecken.

Die Bedrohungen, den wir heute gegenüberstehen, sind alle umfassend ernst zu nehmen. Mit allen uns möglichen Mitteln ist diesen Bedrohungen zu entgegnen.

In der Demokratie haben wir den Konsens zu suchen, auch wenn das hartes Ringen bedeutet, da bin ich mit Ständerat Muheim einverstanden. Und wenn uns das nicht gelingt, dann habe ich einfach Mühe, noch an die weitere Existenz unseres demokratischen Staates zu glauben.

Prof. Freymond verzichtet auf ein Schlussvotum.

Schlussvotum Div Däniker: Die Aktivierung der ausgreifenden Komponente ist ein dornenvolles Problem, und zwar vor allem deshalb, weil wir nicht wissen, ob das Volk das honoriert. Die letzten Entscheidungen waren gegen eine solche Oeffnung. Auch wenn man militärische und strategische Uebungen macht und die Handelnden vor Fragen stellt, die mit dem Ausgreifen in strategischen Sinne zu tun haben, scheuen sie in der Regel zurück. Dennoch glaube ich, wir dürfen nicht aufgeben, auch diese Komponente weiter zu entwickeln, ganz einfach darum, weil wir sonst abgenabelt werden. Schliesslich gibt es vielleicht an der Front nur mikroskopisch

kleine Veränderungen zu beobachten, aber es gibt Veränderungen, auch in den letzten zwei Jahren. Und Gorbatschow hat viel in Bewegung gebracht. Freilich weiss man nicht, ob er in fünf Jahren noch an der Macht ist. Man darf das Ganze nicht so punktuell ansehen. Ich plädiere dafür, dass man weiter versucht, auch in dieser Richtung etwas zu tun.

Zur Frage des Konsenses: Man braucht zwar in der Politik Konsens, aber es ist nicht wahr, dass mir jetzt unter dem Motto "Sicherheitspolitik" alle Konsense, die es in einem modernen Staat überhaupt gibt, zusammenbinden müssen. Warum unterziehen wir uns nicht dieser schwierigen Aufgaben, abzugrenzen, was unter "Sicherheitspolitik" konsensfähig sein muss und was wir getrost den Politikern und Fachleuten in den anderen Bereichen überlassen können. Das Volk muss nicht den Bericht oder eine Grundlagenstudie über die Sicherheitspolitik bis ins letzte Detail verstehen. Es ist doch nicht wahr, dass alle diese Berichte, Konzeptionen und wissenschaftliche Grundlagen, die heute für den modernen Staat nötig sind, vom Volke, das man jetzt beschworen hat, verstanden werden müssen, und dass sie keine Begriffe enthalten, die nicht jedermann am Familientisch gebraucht. Wenn wir so argumentieren, bedeutet das ein Rückfall in eine Sozietät, die es nicht mehr gibt. Das Volk muss aus der Sicherheitspolitik gewisse Tendenzen ableiten können. Es muss sich sicher fühlen, wenn das oder jenes gemacht wird. Von der Sicherheitspolitik 73 gab es eine Volksausgabe auf orangem Papier mit Bildern, in der das Wort Dissuasion höchstens in Klammern vorkam. Man sagt aber, worum es geht, und ich habe auch in meinem Buch Begriffe wie Riegel- oder Abhaltestrategie gebraucht, die man verstehen kann.

Man darf die Dinge nicht durcheinander werfen. Wir müssen in diesem komplexen Bereich zunächst einmal die rationale Antwort suchen, und dann vor dem emotionalen, kulturellen oder gesellschaftlichen Hintergrund Mittel und Wege finden, um Abhilfe zu schaffen. Das ist möglich, aber wir müssen von unten beginnen und zunächst nicht etwas finden, was unbedingt alle verstehen, sonst danken wir geistig ab. Also plädiere ich dafür, dass man diese Arbeit so anpackt, wie sie jetzt auf der Schiene liegt. Vielleicht kann man den Zeitplan beschleunigen, dafür bin ich schon immer

gewesen. Wenn wir aber Schritt für Schritt vorgehen, dann werden wir am Schluss auch einen Weg finden, das Verständnis des Bürgers und den Konsens im Parlament zu finden.

4. Auswertung

4.1. Einleitung

Die Vorträge an der Tagung gingen aus von Gustav Dänikers Buch "Dissuasion. Schweizerische Abhaltestrategie heute und morgen" (Frauenfeld 1987) und seinem Referat "Zwölf Thesen zur Weiterentwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik". Wie der Titel sagt, hat das Buch Dänikers seinen thematischen Zusammenhalt durch den strategischen Kerngedanken der Dissuasion. Unter dem Gesichtspunkt der Dissuasion wird die schweizerische Sicherheitspolitik im Hinblick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowie im Spiegel ausländischer Urteile dargestellt. Im Referat ist der Ausgangspunkt eine Bedrohungsanalyse. Danach wird die schweizerische Sicherheitspolitik im Hinblick auf die Frage dargestellt, was bei einer Weiterentwicklung beizubehalten und was zu verändern sei, sowie welche Voraussetzungen in den Kadern, beim Volk und im ausländischen Urteil zu schaffen seien.

Damit war ein breites Diskussionsfeld gegeben. Die einleitenden Voten führten zu keiner Fokussierung der Diskussion auf bestimmte Themen.

Jacques Freymond kritisierte die Verengung der Strategie auf den Begriff Sicherheitspolitik, welcher impliziere, dass die Strategie nur ein Teilbereich der Politik sei. Der unlängst gemachte Vorschlag, das Departement für auswärtige Angelegenheiten und das Militärdepartement zu verbinden, führte ihn zur Auffassung, dass wir zu weit gegangen seien. Aussen-, Aussenwirtschafts- und Wirtschaftspolitik seien zu verstärken, aber man dürfe sie nicht zu ihrem und dem Schaden der Landesverteidigung der Sicherheitspolitik unterzuordnen. Freymond forderte ein strategisches Denken, das ein umfassendes politisches Denken sein müsse und die Grenzen nationaler Nabelschau sowie der Konzentration auf das Tagesgeschehen sprengen müsse. Auch in der Ausbildung sei einem solchen Denken mehr Platz einzuräumen.

Otto Piller wendete sich vor allem gegen eine Sicherheitspolitik, welche das Militärische allzusehr betont. Die militärische sei nur

eine unter anderen Bedrohungen. In der Armee würden sich zudem Traditionen der Udemokratie nachteilig auswirken. Piller betonte schliesslich die Wichtigkeit der politischen Führung.

Albert A. Stahel plädierte für eine sofortige Ueberarbeitung der Konzeption 73 und einen schnelleren Rhythmus von sicherheitspolitischen Berichten. Er warf der Konzeption 73 fehlende Kohärenz, zu wenig begriffliche Klarheit, fehlende Gegenwartsbezogenheit und einen nicht zeitgemässen Stil vor. Ein neuer Bericht brauche eine umfassende Definition des Sicherheitsbegriffes und müsse auch eine offensive Komponente auf militärstrategischer Ebene umfassen. In seinem erst nach der Tagung verfassten schriftlichen Beitrag führt Stahel aus, dass es eine neue militärstrategische Konzeption mit dynamischeren und offensiveren Elementen brauche. Die Waffenbeschaffung müsse dementsprechend ausgerichtet werden. Insbesondere brauche es eine neu ausgerüstete Artillerie sowie ein Kampfflugzeug, das in die Tiefe des Gegners wirken könne, um angreifende Raketen und Kampflugzeuge auszuschalten. Dafür würden im Prinzip nur das amerikanische Mehrzweckflugzeug F-18 und der Tornado in Frage kommen.¹⁾

Der Vorschlag des Diskussionsleiters, vornehmlich den Katalog und die Gestaltung der strategischen Mittel sowie Fragen der Führung zu besprechen, setzte sich nicht durch. Im folgenden werden die verschiedenen Voten thematisch geordnet dargestellt.²⁾

4.2. Häufigkeit der sicherheitspolitischen Berichte

Der Marschplan für die nächsten sicherheitspolitischen Berichte ist gegeben.³⁾ Für die Gesamtverteidigungsübung 1988 soll ein konzeptionelles Arbeitspapier erarbeitet werden. 1989 soll der vom Bundesrat geforderte Zwischenbericht vorliegen. In den 90er Jahren schliesslich soll eine neue Konzeption ("Konzeption 2000") erarbeitet werden. Verschiedenen Tagungsteilnehmern erschien dieser Rhythmus zu wenig intensiv (Feldmann, Stahel, Zumstein; teilweise auch Däniker). Martin Lendi hingegen äusserte Widerspruch gegen eine Abstützung der Sicherheitspolitik auf Berichte, die im Zyklus von wenigen Jahren erscheinen würden. Längerfristige Konzeptionen

seien fruchtbarer und würden die konkreten Schritte im kurzfristigen Zeithorizont bewirken. Obwohl die Vertreter eines intensiveren Rhythmus die Unterscheidung zwischen einem langfristigen und einem kurzfristigen Zeithorizont akzeptieren konnten und auch keineswegs gegen eine Basiskonzeption eintraten, liessen sie sich nicht davon überzeugen, dass man auf Berichte verzichten könne, die im Abstand von wenigen Jahren erscheinen würden. Josef Feldmann verwies auf das Beispiel der deutschen Weissbücher, welche den Vorteil der Aktualität hätten und zudem zeigen würden, dass man Grundsätzliches durchaus wiederholen dürfe.

4.3. Verständlichkeit und Popularität der sicherheitspolitischen Konzeption

Verschiedentlich wurde der schweizerischen sicherheitspolitischen Konzeption vorgeworfen, zu wenig verständlich zu sein. Schwierige Formulierungen würden sie unpopulär machen.⁴⁾ Albert A. Stahel kritisierte den überholten Stil. Peter Arbenz sprach von einem "Glashaus", in dem er die Experten ihr eigenes Gespräch führen sehe. Franz Muheim sprach dem Begriff "Dissuasion" die Allgemeinverständlichkeit ab und forderte ein Handbuch und schlagkräftiges Argumentarium statt eines Berichts für die "obersten Kreise". Martin Lendi sah im Begriff "Gesamtverteidigung" einen Terminus, der im Unterschied zu "Sicherheitspolitik" beim Soldaten ankomme.

Gegen die Zweifler verteidigte Gustav Däniker die Verständlichkeit der Konzeption 73. Es habe eine Volksausgabe gegeben; er selbst habe schwierige Begriffe anschaulich erklärt. Die Anliegen des Volkes seien den Experten bekannt. Zudem dürfe man in einer strategischen Konzeption nicht vom Kriterium der populären Verständlichkeit ausgehen. Entscheidend sei vielmehr die rationale Richtigkeit.

Die Auffassung der Kritiker wird durch Umfragen bestätigt. Zu einem vernichtenden Urteil über das sicherheitspolitische Wissen und Interesse in der Schweiz kommt Karl W. Haltiner im Entwurf seines Forschungsberichtes im Rahmen des Nationalfondsprojektes 11 "Der Bürger und seine Verteidigung".⁵⁾ Gute Kenntnisse und

Interesse seien die Sache von Minderheiten mit guter Schulbildung und politischer Beteiligungsbereitschaft. Nur 4 % konnten auf die Frage, was unter "Gesamtverteidigung" zu verstehen sei, eine als "weitgehend richtig" bewertete Antwort geben. Weitere 21 % verfügten nach Haltiners (strengen) Taxierung über "fragmentarisches Wissen". Frauen seien zwar überdurchschnittlich interessiert - vor allem, wenn sie emanzipatorisch engagiert seien -, sie hätten aber auch das geringste Wissen. Die von der "Chance Schweiz" im Dezember 1984 bei "Isopublic" in Auftrag gegebene Umfrage über die Gesamtverteidigung im Meinungsspiegel der Schweizer hatte ergeben, dass 56% der Befragten über die allgemeinen Ziele der Gesamtverteidigung Bescheid wussten. Hingegen wurde ein grosses Defizit bei den Kenntnissen über die einzelnen Elemente der Gesamtverteidigung festgestellt. Im Dezember 1985 konnte auf die wiederum von Isopublic gestellte Frage, was Gesamtverteidigung sei, nur ein Zehntel die Gesamtverteidigung als Konzept angeben. Bei der Vorgabe einer Liste und der Frage, welche Bereiche zu Gesamtverteidigung gehören würden, wurden etwas bessere Resultate als im Vorjahr erzielt.

Alle Umfragen⁶⁾ belegen indessen, dass die schweizerische Sicherheitspolitik trotz des bescheidenen Wissens von den meisten Zustimmung erhält, und dass die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz mindestens mit einem verhaltenen Optimismus beurteilt wird. Fehlendes Wissen bedeutet nicht zwangsläufig Ablehnung. In diesem Zusammenhang ist der folgende anekdotische Befund vermutlich bezeichnend: In Sierre gibt es ein mächtiges Metallrelief, das die Gesamtverteidigung darstellt. Im November 1974 wurde es eingeweiht. Es zeigt vier Bereiche: Armee, Zivilschutz, Wirtschaftliche Landesversorgung sowie die Kräfte, welche aus dem psychologischen, sozialen und religiösen Bereich erwachsen. Das alles ist anschaulich und patriotisch und widerlegt nicht zuletzt auch die These, Sicherheitspolitik könne nicht bildlich verständlich gemacht werden - nur entspricht das Kunstwerk nicht der Konzeption 73.⁷⁾

Wenn man den Mangel an Kenntnissen beklagt, sollte man nicht vergessen, dass diese in anderen staatsbürgerlichen Bereichen nicht besser sind. Die pädagogischen Rekrutenprüfungen 1985 belegen das deutlich. In einem Test mit jeweils 4 Antwortvorgaben

konnte nur 1/5 der Befragten den Anfang der Landeshymne erkennen, und nur die Hälfte der Rekruten wusste den National- und Ständerat als Parlament und gesetzgebende Gewalt anzugeben.⁸⁾

Ein Problem bleibt aber offen. Es ist schwierig, von Sicherheitspolitik oder Gesamtverteidigung zu sprechen, weil diesen Begriffen kein eigenes Leben in der politischen Realität zukommt. Sie entstammen allzusehr den Folien für den Hellraumprojektor. Dort mangelt es ihnen nicht an Anschaulichkeit. Sie können ohne weiteres einsichtig gemacht werden. Mühe hat man erst ausserhalb des Theoriesaals. Wie kann Sicherheitspolitik populär sein, wenn sie kaum je Traktandum in parlamentarischen Sessionen ist, nicht als Hauptaufgabe des Bundesrates wahrgenommen wird und kein Bundesrat speziell für sie zuständig ist? Wie sollte man also Sicherheitspolitik mit konkreten Vorgängen verbinden können? Es kommt hinzu, dass die Zentralstelle für Gesamtverteidigung dem EMD unterstellt und die Stellung ihres Direktors zurückgestuft worden ist. Auch an Einfluss im Stab hat sie verloren. Unter den Parlamentariern schliesslich interessieren sich zwar einige Vertreter für Teilbereiche der Sicherheitspolitik, aber so gut wie nie für die Sicherheitspolitik als Ganzes.

Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung werden erst dann zu anschaulichen Begriffen, wenn sie mit Sachfragen und mit Persönlichkeiten verbunden werden können oder den einzelnen sogar durch bestimmte Regelungen direkt betreffen. Mit sprachlichen Uebearbeitungen von Berichten ist das nicht zu erreichen.

4.4. Konsensfähigkeit, Umfang und Begriff der Sicherheitspolitik

Die emotionale Zustimmung, welche eine eingängige, einfache, klare und überzeugende Formulierung der Sicherheitspolitik erhalten kann, reicht natürlich nicht aus, diese Sicherheitspolitik konsensfähig zu machen. Um die politische Zustimmung zu erreichen, muss die schweizerische Sicherheitspolitik auch rational überzeugen. Dazu braucht es eine allgemein überzeugende Antwort auf die verschiedenen Bedrohungen. In diesem Sinne äusserten sich Franz Martin Aebi, Otto Piller, Jörg Zumstein und Gustav Däniker.

Welche Bedrohungen soll die Sicherheitspolitik aber einbeziehen? Dieser Frage war bereits ein grosser Teil der letzten Arbeitstagung vom 27. Juni gewidmet.

Gustav Däniker plädierte wiederum dafür, Sicherheitspolitik nur auf Bedrohungen auszurichten, die sich aus feindlicher Absicht oder deren Auswirkungen ergeben. Bei einer Ausweitung riskiere man das Aufbrechen des bisherigen sicherheitspolitischen Konsenses; und eine solche sei zudem gar nicht nötig, weil zur Meisterung der neu aktuell gewordenen Bedrohungen ein geeignetes Instrumentarium durchaus vorhanden sei.⁹⁾

Für Jacques Freymond ist der Begriff Sicherheitspolitik ein ausländischer Begriff, der ihm schon längere Zeit Mühe gemacht habe. Es brauche zwar ein umfassendes strategisches Denken, das auf die internationalen Verknüpfungen Rücksicht nehme. Dieses Denken sei Aufgabe der Politik. Die Sicherheitspolitik als ein Teilbereich solle nicht ausgeweitet werden. Eine Verbindung von EDA und EMD, wie sie kürzlich vorgeschlagen wurde, gehe zu weit und schade beiden Bereichen.

Für Otto Piller gehören die Folgen aus den Veränderungen der Gesellschaft, die Umweltbelastung sowie das Nord-Süd-Gefälle zu den Bedrohungen, welche die Sicherheitspolitik vermehrt zu berücksichtigen habe. Albert A. Stahel verwies auf ein umfassender gewordenes Sicherheitsbedürfnis.

Franz Martin Aebi forderte eine Strategie der Gesamtbereitschaft, welche nicht nur Bedrohungen fremdbestimmter Art hauptsächlich der militärischen Ebene umfasse, sondern alle Felder des "morphologischen Kastens". Unbehagen an einer solchen Ausweitung äusserte dagegen Fritz Honegger: Eine solche Ausweitung sei nicht konsensfähig und führe nicht zu einer Konzeption, mit der man regieren könne.

Martin Lendi skizzierte eine Sicherheitspolitik mit einer offensiven (Friedenspolitik), dissuasiven und defensiven Komponente, ein Vorschlag, in dem Gustav Däniker nichts Neues zu sehen vermochte.

Die grundsätzliche Frage der Auslegung des Sicherheitsbegriffes ist wie erwähnt bereits an der Juni-Tagung diskutiert worden. Insgesamt waren an der Dezember-Tagung die Stimmen für eine massvolle Erweiterung nach wie vor da, die Erweiterungsvorschläge gingen aber nicht über den bestehenden Rahmen der Sicherheitspolitik hinaus.

4.5. Gegner der offiziellen Sicherheitspolitik

Die Gegner der offiziellen schweizerischen Sicherheitspolitik waren an der Tagung schlecht vertreten. Vergessen blieben sie insofern nicht ganz, als man mindestens in der Debatte über die Konsensfähigkeit der Sicherheitspolitik an sie denken musste.

Gustav Däniker warnte davor, einfach aktuellen Trends nachzulaufen. Man dürfe nicht auf die Befolgung historischer Lehren und auf lebenswichtige Massnahmen verzichten. Aus anderen Äusserungen sowie aus den Stimmen anderer liesse sich aber herauslesen, dass man eine weite Sicherheitspolitik - bei gleichzeitiger Orientierung an der Bedrohung - nicht zuletzt auch deshalb ins Auge fassen, um sie für ihre Gegner zustimmungsfähig zu machen.

Wenn man die Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik in den letzten Jahrzehnten verfolgt, könnte man folgern, die schweizerische Sicherheitspolitik sei konsensfähiger geworden, weil sie Gegnern einer militärischen Verteidigung heute stärker entgegenkomme. Die heutigen Kritiker der offiziellen Sicherheitspolitik schätzen die Oeffnung der Sicherheitspolitik aber nicht besonders. Ihr wird nach wie vor eine Verankerung in Feindbildpflege, Schönfärberei bezüglich der Schutzmöglichkeiten und mythischen Geschichtsbildern vorgeworfen. Die Sicherheitspolitik gilt als militaristischer denn je. So schreibt Jakob Tanner über die sicherheitspolitische Konzeption von 1973: Hier findet "nicht eine Relativierung und Demystifikation der Armee statt, sondern es wird die Gesellschaft militarisiert, das heisst es werden immer mehr Bereiche unseres Lebens einer aus militärischen Organisationsformen herstammenden Logik unterworfen. Die Gesamtverteidigung wertet die Gleichung 'Schweiz = Armee', die bisher vor allem eine

Ideologie war, zu einem gesellschaftsprägenden Prinzip auf; Unternehmen wie das 'Dreizackmanöver' (Spätherbst 1986) geben einen Vorgeschmack davon."¹⁰⁾ Immerhin hat im Okt. 1987 Hans Saner der schweizerischen Sicherheitspolitik als "grossen Vorteil" attestiert, "dass sie überhaupt eine Gesamtstrategie" erarbeitet habe.¹¹⁾ Bei dieser Gesamtstrategie kritisiert Saner die Bedeutung der Armee, der er die Erfolgchancen abspricht, weil es in einem modernen Krieg nur Verlierer gebe. Deshalb hofft er auf das "gegenmilitärische Denken und Träumen", in welchen er die einzige rationale Zukunftschance sieht.

4.6. Das Problem der Begrifflichkeiten

Neben dem sachlichen Problem, zu klären, welcher Inhalt zur Sicherheitspolitik gehört, besteht das Problem der Begriffsdefinition, das ebenfalls schon an der letzten Tagung zur Sprache kam¹²⁾. Dem Bedürfnis, neben dem Begriff "Sicherheitspolitik" weitere Begriffe zu klären, wurde mehrfach Ausdruck gegeben (Stahel, Zumstein). Das grundsätzliche Problem liegt freilich darin, dass die Begriffe Sicherheitspolitik, Gesamtverteidigung oder Strategie mit Gegenständen zu tun haben, die anderen Bereichen der Politik zugerechnet werden. Was zur Sicherheitspolitik gehört, ist departemental zerrissen; die koordinierenden Führungsorgane, die mit Priorität strategische Fragen behandeln, sind schwach. Da es nicht um Begriffe geht, die nur Hilfsmittel der Kognition sein sollen, sondern um Begriffe, die Führungs- und Mittelstrukturen bezeichnen, ist die Schwierigkeit die, dass die Definierenden definieren müssen, was nicht oder noch nicht existiert und was sie von ihrer Machtposition her gar nicht definieren dürften.

4.7. Konzeptionelle Struktur der Sicherheitspolitik

Die bisherige konzeptionelle Struktur, wie sie der Bericht 73 geschaffen hat, wurde in ihren Grundzügen nicht angegriffen. Es gab Kritik an Begrifflichkeiten, Einfachheit wurde gefordert, und die (von Gustav Däniker nach wie vor verteidigten) strategischen Fälle¹³⁾ wurden von Albert A. Stahel als nicht brauchbar

bezeichnet. Die Notwendigkeit eines Basisberichtes, der die strategischen Kerngedanken und die grundsätzlichen Begrifflichkeiten enthält, wurde ebenso akzeptiert wie (das ging aus verschiedenen Aussagen hervor) wichtige konzeptionelle Grundideen des Berichtes 73: das Ausgehen von den Bedrohungen und den sicherheitspolitischen Zielen, die Ableitung und Formulierung strategischer Hauptaufgaben und strategischer Aufträge, die Zweikomponententheorie.

Gefordert wurde andererseits eine vermehrte Berücksichtigung der internationalen Verknüpfungen (Freymond), der langen Dauer (Freymond), der Voraussetzungen der Sicherheitspolitik und der dynamischen Veränderungen. Josef Feldmann warnte in diesem Zusammenhang vor der "starken Tendenz" "bei uns", die "Dinge ein für alle Mal regeln zu wollen". Gustav Däniker hingegen widmete einen eigenen Abschnitt seines Vortrages dem Beweis, dass die bisherige Sicherheitspolitik dynamisch sei: Das anfänglich gezeichnete Bedrohungsspektrum sei aktualisierbar, der innere Zustand der Schweiz werde nicht zementiert, und die Zweikomponentenstrategie lasse Verlagerungen der sicherheitspolitischen Schwergewichte zu.

4.8. Die Bedrohung

Die drei ersten Thesen von Gustav Dänikers Vortrag waren der Bedrohung gewidmet: Es gebe Anzeichen, dass das bisherige eher statische strategische Gleichgewicht in einen dynamischen Prozess übergehe. Der Aufmerksamkeit für die nicht aus feindlicher Absicht resultierenden Bedrohungen stellte Däniker die Forderung nach "mehr Phantasie in der Antizipation von militärischen Bedrohungen" entgegen. Neben dem weiterhin möglichen Stoss durch das Mittelland seien zahlreiche weitere Operationslinien zu Lande und in der Luft denkbar. Es gebe Kombinationen direkter und indirekter Angriffsmethoden, schwer zu deutende Mischformen des Krieges und exotische Kampfmittel. Die Bedrohungen würden keineswegs in einer festen Abfolge stehen, wie man das zuweilen erwarte. Schliesslich widmete Däniker der Bewährungsprobe der bewaffneten Neutralität im Europa der EG und einer Zeit eines möglicherweise beginnenden Abrüstungsprozesses einen eigenen Abschnitt.

Für Jacques Freymond kommt dem Studium des internationalen Systems, und zwar über den Augenblick hinaus, erste Priorität zu. Otto Piller wollte die drei Bedrohungen, die sich aus der technisierten Gesellschaft, der vergewaltigten Umwelt und dem Nord-Süd-Gefälle ergeben, einbezogen wissen.

Die russisch-amerikanischen Gespräche wurden von Albert A. Stahel und Bruno Fritsch kritisch bewertet. Man dürfe nicht glauben, diese würden bereits den Frieden garantieren. Die konventionelle Rüstung sei weiterhin notwendig. Prof. Freymond hingegen warnte vor allzuviel Misstrauen gegenüber der von Gorbatschow eingeleiteten Oeffnung.

4.9. Bemerkungen zu den strategischen Hauptaufgaben

Neue strategische Hauptaufgaben wurden nicht formuliert. Spürbar wird eine Aufwertung der zweiten strategischen Hauptaufgabe, der "allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbewältigung" (Däniker, Freymond, Lendi, Piller, Stahel). Josef Schärli wies bei diesem Punkt jedoch auf die beschränkten schweizerischen Möglichkeiten hin. Auch habe es die Aussenpolitik nicht einfach, im Innern einen Konsens zu finden.

Zwei kritische Anmerkungen gab es zur Dissuasion. Zunächst betraf das die Verständlichkeit des Begriffs (Zweifel von Franz Muheim, Verteidigung durch Gustav Däniker). Eine neue Gestaltung der militärischen Komponente der Dissuasion schlug Albert A. Stahel vor. Stahel möchte diese wichtigste strategische Hauptaufgabe offensiver, ausgreifender und aktiver haben. Der Vorschlag wurde jedoch nicht weiter diskutiert.

In einem nach der Tagung verfassten Beitrag führt Stahel aus, was er mit seinem Vorschlag meint. Die geltende Konzeption der militärischen Landesverteidigung von 1966 gehe von der früheren NATO-Strategie der Massiven Vergeltung aus. Stahel skizziert demgegenüber korrigierend ein Kriegsszenario, das dem gegenwärtigen Stand der Militärstrategie - auch des Ostblocks - entspricht. Davon ausgehend fordert er eine neue, angepasste militärstrate-

gische Konzeption. In den beiden letzten Jahrzehnten habe man sich an einer veralteten Konzeption ausgerichtet und reine Defensivwaffen beschafft. Die rechtzeitige Ausschaltung der Offensivmöglichkeiten eines modernen Gegners mit Boden-Boden-Raketen und Kampfflugzeugen in der Tiefe eines angreifenden Gegners sowie mit mechanisierten Verbänden im grenznahen Bereich sei verpasst worden.

Die Probleme, welche sich aus solchen Ueberlegungen für die schweizerische Neutralitätspolitik ergeben, schneidet Stahel nicht an, wobei er möglicherweise annimmt, dass diese schon in anderem Zusammenhang diskutiert worden sind. Es bleiben allerdings auch weitere Fragen offen. Diese betreffen die für einen Erfolg notwendige Zahl der neuen Waffensysteme, die damit verbundenen ungefähren Kosten, die Probleme bei der Neustrukturierung der Armee (Umstrukturierung der Mech Div sowie auch die sich wohl aufdrängende Frage einer teilweisen Berufsarmee), die erforderliche Logistik, eine allfällige Koordination mit den Plänen der NATO sowie das Risiko des vermutlich zu erwartenden Verlustes an moralem Ansehen.¹⁴⁾

4.10. Ausbau der strategischen Mittel

Gustav Däniker skizzierte den Ausbau der strategischen Mittel wie folgt: Erweiterung der Guten Dienste, vermehrte internationale Tätigkeiten, personelle und führungsmässige Stärkung der ausgreifenden Komponente, Schulung und Vorbereitung des Einsatzes der bewahrenden Komponente in operativen Hauptaufgaben, die nicht die Abwehr betreffen, Härtung der zivil-militärischen Infrastruktur, bessere Ausnützung der Topographie, Steigerung von Feuerkraft und Beweglichkeit, Revision der total veralteten Militärorganisation, Entwicklung eines Konzepts "Anbieten, Retten, Helfen".

Für die Armee betonte Otto Piller die Notwendigkeit demokratischer Strukturen. Die Stärke der militärischen Kräfte des Westens schätzte er mit einem Verweis auf das Urteil Helmut Schmidts, als ausreichend ein.

Die Vorschläge Albert A. Stahels im Zusammenhang seiner Idee einer neuen militärstrategischen Konzeption mit offensiveren Elementen müssen zweifellos noch diskutiert werden. Stahel entwickelt in seinem nach der Tagung nachgelieferten Referat die Idee einer Vorwärtsverteidigung. Sie betrifft mehrere Rüstungsgeschäfte der unmittelbaren oder weiteren Zukunft, zunächst die im Moment aktuelle Flugzeugbeschaffung, in der sich Stahel für den F-18 oder den Tornado erklärt, weil nur diese Waffensysteme Flugzeuge und Raketen eines Gegners schon ausserhalb unseres Landes ausschalten könnten. Es geht aber auch um die Artillerie, welche mit Lenkwaffen von 120 km oder sogar 300 km auszurüsten wäre. Schliesslich sollen die mechanisierten Divisionen, in kleinere Brigaden umgegliedert, für Gegenschläge im Grenzbereich vorgesehen werden. Für die Artillerie möchte Stahel die Bekämpfung der sowjetischen Panzer und Artillerie vorsehen und die Flugwaffe von diesem Auftrag entbinden.

Von den strategischen Mitteln und ihren Aufträgen war im übrigen kaum die Rede, weil man, wie es Gustav Däniker formulierte, das "Pferd nicht beim Schwanz aufzäumen" dürfe. Das Gespräch blieb beim Grundsätzlichen. Strategie darf sich zweifellos nicht in den Details verlieren. Sie darf aber geradesowenig wie eine Lagebeurteilung über die eigenen Mittel und ihre Möglichkeiten hinwegsehen. Es kommt hinzu, dass im Bereich des Zivilschutzes teilweise Diskussionen ablaufen, die denjenigen dieser und der letzten Tagung parallel sind, und an denen sich auch einige Parlamentarier beteiligen. Bezeichnenderweise engagieren sich die Parlamentarier nicht in einer sicherheitspolitischen Diskussion, sondern dort, wo unter den schweizerischen Gegebenheiten die grundsätzlichen Ueberlegungen pragmatische Folgen haben. Auch das öffentliche Interesse liegt wohl hier.

Schon im Votum Beda Humbel (CVP) am 15.12.1983 zu dem von ihm postulierten "Zwischenbericht zum Stand des Zivilschutzes" (31.1.1983) heisst es: "Leider wird der Einsatz des Zivilschutzes bei Katastrophenfällen in Friedenszeiten kaum erwähnt." Am 11.12.1986 reichte Hansjörg Braunschweig (SP) ein Postulat ein, dessen erste Frage heisst: "Wie kann der bisherige Zivilschutz, der rechtlich und in der Praxis auf den Kriegsfall ausgerichtet

ist, auf Verhütung von (und notfalls Schutz vor) Umweltkatastrophen umgewandelt werden?" Am 17.12.86 folgte das Postulat von Felix Auer (FDP), das den Bundesrat einlud, einen Bericht über Aufgabe und Einsatz des Zivilschutzes zu erstatten. Der Bericht solle insbesondere Aspekte des Zivilschutzes bei Katastrophen im Frieden beleuchten. Am 29. September 1987 folgte die Interpellation von Markus Kündig (CVP), welche Auskunft über den Einsatz des Zivilschutzes bei Umweltkatastrophen verlangte.¹⁵⁾

Generell stellt sich für eine nächste Tagung die Frage, wie die verschiedenen strategischen Mittel der ständig aktueller werdenden Umweltproblematik im Rahmen ihrer massvoll erweiterten Aufträge gerecht werden können.

4.11. Die strategische Führung

Gustav Dänikers Buch "Dissuasion" ist, wie der Untertitel sagt, ein "Handbuch für Kader der Gesamtverteidigung". Für Däniker sind die Schulung der Kader und die damit verbundene Erzeugung eines permanenten strategischen Bewusstseins ein erstrangiges Anliegen. Was die Führungsorganisation betrifft, so müsse diese auf der obersten strategischen Stufe aus dem Experimentierstadium herauskommen: Die notwendigen Funktionen und Abläufe seien hinlänglich bekannt. Einen Nationalen Sicherheitsrat brauche es nicht. Auf der operationellen Ebene hingegen gebe es noch eine Führungslücke, weil im Falle von gleichzeitig auftretenden Ereignissen wohl kaum der Bundesrat neben seiner politischen Tätigkeit auch noch das Krisenmanagement übernehmen könne. In Frage kämen ein einzelner Departementschef, der Bundeskanzler, freilich auch er von vielen Geschäften bedrängt, der Direktor ZGV oder ein spezieller Krisenmanager.

Führungsmängel bei Tschernobyl kritisierte Otto Piller. Er hätte direkte Information durch den Bundespräsidenten erwartet.

Jörg Zumstein verlangte ein Gremium, das die ständige Betrachtung der Sicherheitslage zu leisten vermöge und sich auch mit einer langfristigen Vorausschau beschäftige. Der Bundesrat könne kein

solches Gremium sein, weil er keine Zeit für solche Dinge habe und ihm zudem nur ungefähr drei Jahre einer Legislaturperiode zur Verfügung stünden, wenn man Anlaufzeit und Wahlvorbereitungen abziehe. Das postulierte Gremium solle nicht administrieren und führen müssen. Von ihm wäre vielmehr hauptsächlich regelmässig die Landesregierung zu informieren.

Fritz Honegger sah in der Zentralstelle für Gesamtverteidigung eine solche Einrichtung. Man könne diese ja entsprechend ausbauen. Auf alle Fälle müsse das gesuchte Organ einem Departementschef unterstehen.

Martin Lendi wirft der gegenwärtigen Sicherheitspolitik vier Mängel vor: ungenügendes Engagement der Aussenpolitik, einseitige Betonung des Verteidigungszweckes, überholte Unterscheidung zwischen ausserordentlicher und ordentlicher Lage sowie Losgelöstheit von der eigentlichen Regierungstätigkeit.¹⁶⁾ Diese Unzulänglichkeiten könnten mit einer entsprechenden Organisation behoben werden. Die Zentralstelle für Gesamtverteidigung solle die verwaltungstechnischen Aufgaben und die Ausbildung übernehmen. Der Bundesrat aber müsse über eine dem Bundeskanzler unterstellte Stabsstelle verfügen, die den Vorsitz der Lagekonferenz einnehme und die sicherheitspolitischen Aspekte verfolge, um für den Bundesrat die gedankliche Vorarbeit zu leisten.

Jacques Freymond verwies auf die Nützlichkeit der "historischen Standortbestimmung". Generalisten und Diskussionen in kleinen Klubs sollten gewährleisten, dass die sicherheitspolitischen Aspekte in einer umfassenden, globalen und langfristigen Perspektive berücksichtigt würden.

4.12. Schluss

E i n Hauptthema oder Hauptresultat der Tagung vom 7. Dezember 1987 angeben zu wollen, wäre nicht angemessen. Die Diskussion splitterte sich stark auf. Für die Tagungsteilnehmer standen je verschiedene Gesichtspunkte im Vordergrund. Die vorgetragenen Meinungen waren disparat. Vermutlich noch facettenreicher wäre die

Tagung wohl geworden, wenn sich auch diejenigen Teilnehmer ge-
äussert hätten, die angesichts des grossen Kreises nicht zu Worte
kommen wollten.

Abzeichnen dürfte sich, dass die allgemeine Marschrichtung der
schweizerischen Sicherheitspolitik gleich bleibt. Eine grundsätz-
liche und mit neuen Schwergewichten verbundene Erweiterung auf
Bedrohungen, die nicht aus feindlicher Absicht resultieren, scheint
nur für eine Minderheit in Frage zu kommen, obwohl aller-
dings die meisten für ein weites, ja sogar für ein im Vergleich zu
bisher weiteres Verständnis des Begriffs "Sicherheit" eintraten.
Einschneidende Aenderungen bzw. Neuformulierungen der strategi-
schen Hauptaufgaben oder grundsätzliche Verlagerungen im Mittelka-
talog scheinen kaum breite Unterstützung zu finden. Trotzdem
besteht ein starkes Bedürfnis nach einem neuen sicherheitspoliti-
schen Bericht. Die meisten Voten, die sich zu dieser Frage äusser-
ten, plädierten für ein möglichst baldiges Erscheinen und darüber
hinaus für regelmässig erscheinende Berichte in kürzeren Abständen
als bisher. Ein neuer Bericht, das wurde immer wieder gesagt, soll
einfach und klar sein. Er muss zudem eine breite Zustimmung fin-
den. Er soll die Veränderungen der Bedrohung und die schweizeri-
sche Antwort nicht nur in langfristiger, sondern auch in kurzfri-
stiger Perspektive zeichnen. Für diese doppelte Aufgabe wären auch
zwei verschiedene Typen von Berichten denkbar. Sowohl was die
Anpassung der strategischen Mittel mit ihren Aufträgen als auch
was die Führung dieser Mittel betrifft, gehen die Meinungen aus-
einander.

So muss sich die Arbeit den Einzelfragen zuwenden, den zahlreichen
Anpassungen der Strategie und der strategischen Teilbereiche.
Einer spezielleren Thematik aus diesem Aufgabenkreis müsste sich
auch eine folgende Tagung annehmen. Auszugehen wäre vom neuen
Zwischenbericht. Die mit der Führung verbundenen Fragen müssten
erörtert werden, insbesondere die Frage der Führung beim gleich-
zeitigen Eintreten verschiedener Krisen. Der Begriff des Katastro-
phenfalles bedürfte genauerer Festlegung. Zu diskutieren wäre über
jene Schwelle, bei der Bedrohungen, die nicht aus feindlicher
Absicht resultieren, so gross werden, dass sie den Bereich der
Sicherheitspolitik betreffen. Die langfristige Bedrohungsanalyse

wäre überhaupt ein ständiger Gegenstand für weitere Tagungen. Ein spezielles Thema bilden die von Albert A. Stahel aufgebraachten militärstrategischen Ideen. Aufmerksamkeit verdienen müsste schliesslich auch die Frage des Konsenses im Zusammenhang mit demographischen Veränderungen, die sich abzeichnen.

Anmerkungen

1) Vgl. auch Rolf C. Ribl: " 'Brückenbauer'-Interview über unsere militärische Landesverteidigung mit Albert A. Stahel, Professor für Militär- und Sicherheitspolitik an der Universität Zürich und an der ETH Zürich. 'Wir brauchen den Tornado!'", in: Brückenbauer 11.11.1987 (Nr. 46), S. 31 - 34 sowie --: " 'Brückenbauer'-Interview mit Generalstabschef Eugen Lüthy über Rothenthurm und den Wehrwillen, Raketen und Kampfflugzeug, Uniform und Armee-Frauen", in: Brückenbauer 17.2.1988 (Nr. 7), S. 28 - 30

2) Vgl. auch die Beiträge von mehreren Tagungsteilnehmern in: Strategie. Sicherheitspolitik. Gesamtverteidigung. Dankesschrift für Franz Muheim, hrsg. v. Martin Lendi u. Heini Gränicher, Zürich, Würenlingen 1987

3) Hansheiri Dahinden in: Beat Näf, Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987. Bericht und Auswertung, Zürich 1987, S. 22f.

4) Vgl. auch Rudolf Blocher: "Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung", in: Schweizer Soldat Nr. 10, 1987, S. 5

5) Karl W. Haltiner: Der Bürger und seine Verteidigung. Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Forschungsbericht zu Subprojekt II mit einem Beitrag von H. Anker, Entwurf, Bern Ende Okt. 1985, S. 57 - 73, 321

6) Haltiner verweist allerdings auf die grossen Gefahren für die Gesamtverteidigung, welche sich durch den Wandel der Werte abzeichnen. Isopublic: Gesamtverteidigung in den Augen der Schweizer Bevölkerung. Dezember 1985, Zürich 1986, S. 13: "...

84 % aller Personen stehen hinter dem Konzept der Gesamtverteidigung, nur 8 % sind im Prinzip und weitere 6 % ganz und gar dagegen." Vgl. auch Alois Riklin und Christoph Frei: Bedrohung und Verteidigung. Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung, St. Gallen 1987 (Institut für Politikwissenschaft Hochschule St. Gallen, Beiträge und Berichte 106/1987) sowie den Artikel zum gleichen

Gegenstand "Bedrohung und Verteidigung im Urteil der Schweizer",
in: ASMZ Nr. 9, 153 (1987), 543 - 548

7) Monique Margot, in: L'Echo illustré, Nr. 14, April 1975, S. 37;
Auskünfte von Herrn R. Salamin.

8) Regards sur l'école. Immagini sulla scuola. Ein Bild der Schule. Sprachen in der Schweiz, Bericht der pädagogischen Rekrutenprüfungen 1986, Bern, EDMZ, 1987, S. 133f.

9) Vgl. die gleichen Auffassungen und Formulierungen in Arnold Kollers Ansprache vor der Generalversammlung der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich (maschinenschriftliches vervielfältigtes Skript): "Hier gilt es vorerst begriffliche Ordnung zu machen. Nach dem nach wie vor gültigen Bericht des Bundesrates zur Konzeption der Gesamtverteidigung ist Sicherheitspolitik der umfassend konzipierte Einsatz aller zivilen und militärischen Kräfte gegen alle Bedrohungen, die in feindlicher Absicht erfolgen." (S. 17) Das zeigt, "wie sehr wir uns hüten müssen, den Bereich der Sicherheitspolitik auszuweiten. Nicht nur lauert dahinter die erwähnte Gefahr einer totalitären Betrachtungsweise, die es unter allen Umständen zu vermeiden gilt, sondern auch diejenige einer dauernden heftigen Auseinandersetzung über Inhalt, Grenzbereiche und Ausgestaltung unserer Strategie. Der heute weitgehend vorhandene nationale Konsens in diesem Bereich ginge verloren." Die Ansprache ist gedruckt in einer Tageszeitung: "Nachlassen in den Wehranstrengungen wäre verantwortungslos. Die schweizerische Sicherheitspolitik heute", in: Badener Tagblatt 16.1.88, S. 49f. Vgl. auch die veränderte Fassung "Schweizerische Sicherheitspolitik heute", in: Schweizer Monatshefte 68, 1988, 201 - 213. Ähnlich äusserte sich gerade auch Nationalrat Anton Keller an der Generalversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft der Versorgungstruppen, Sektion Zentralschweiz, am 19.3.88.

10) Jakob Tanner: "Teure Armee - billige Feindbilder. Von der militärischen Verteidigung gegen Feinde zu einer kooperativen Friedenspolitik mit Partnern", in: Nicht nur Waffen bedrohen den Frieden. Ansätze zu einer neuen schweizerischen Innen-, Aussen-

und Sicherheitspolitik, hrsg. von den Frauen für den Frieden Region Basel, Basel 1978, S. 79 - 107, zit. S. 82

11) Hans Saner: "Gegenmilitärisches Denken. Alternative Modelle der Friedensbewegung zur offiziellen Dissuasions-Strategie", in: einspruch Nr. 5., Okt. 1987, S. 3 - 12

12) Vgl. Anm. 9 und ETH Arbeitstagung vom 29. Juni 1987 (siehe Anm. 3), S. 40 - 43

13) Vgl. v.a. Ulrich Zwygart: Die Gesamtverteidigungskonzeption unter besonderer Berücksichtigung der strategischen Fälle, Diesenhofen 1983

14) Siehe die in Anm. 1 zitierten Interviews

15) Eine Zusammenstellung gibt die Nummer 11-12 vom Dez. 1987 der Zeitschrift "Zivilschutz", S. 26 - 33. Vgl. auch die Studie "Bubenberg" der Kantonal-Bernischen Offiziersgesellschaft vom 22.5.87

16) Vgl. den Beitrag Lendis in der Dankesschrift Muheim (siehe Anm. 1), S. 171 - 178, 177f.